

Abgeordnetenhaus B E R L I N

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

Zu TOP 1 gemeinsam mit dem Hauptausschuss (39. Sitzung)

30. Sitzung
7. November 2018

Beginn: 12.02 Uhr
Schluss: 15.16 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU),
zu TOP 1 gemeinsam mit
Andreas Statzkowski (CDU; stellvertretender Vorsitzender Hauptausschuss)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Vorsitzender Andreas Statzkowski: Ich begrüße Sie alle zu unserer gemeinsam mit dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie sowie dem Hauptausschuss zu Tagesordnungspunkt 1 stattfindenden Sitzung. Ich heiße die erschienenen Vertreterinnen und Vertreter des Berliner Senats bekommen und begrüße insbesondere den noch nicht anwesenden Finanzsenator Herrn Kollatz und seinen neuen Staatssekretär Herrn Kollegen Verrycken sowie von der HOWOGE Frau Frensch. Außerdem begrüße ich die Vertrauenspersonen der Volksinitiative „Unsere Schulen“, alle Gäste und Medienvertreter sowie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Verwaltung. Die Anhörung wird aufgrund der zahlreichen Zuschaueranmeldungen per Liveübertragung in den Presseraum und in den Medienraum des Berliner Abgeordnetenhauses übertragen. In Anbetracht der anstehenden Anhörung der Vertrauenspersonen der Volksinitiative „Unsere Schulen“, schlage ich Ihnen vor, dass wir das Geschäftliche des Hauptausschusses nach der Anhörung und mit einem anschließenden Raumwechsel besprechen. – Höre ich dazu Widerspruch? – Nein! Dann verfahren wir so. Herzlichen Dank! Ich gestatte von meiner Seite aus den Medienvertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen und gehe auch hierbei vom Einverständnis des Ausschusses aus. Ich verweise darauf, dass das ausdrücklich nur für akkreditierte Pressevertreter und Pressevertreterinnen gilt.

Lassen Sie mich kurz etwas zum Ablauf der Sitzung sagen. Die Sitzung wird nach der bisherigen Planung etwa zweieinhalb Stunden dauern. Meine Kollegin, Frau Demirbüken-Wegner wird als Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie zusammen mit mir diese Sitzung leiten. Gibt es weitere Anmerkungen von Ihrer Seite aus zur Tagesordnung? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann kommen wir zu

Punkt 1 der Tagesordnung

Volksinitiative gemäß Artikel 61 Abs. 1 der Verfassung
von Berlin
Drucksache 18/1238
„**Unsere Schulen**“

[0179](#)
BildJugFam
Haupt(f)

Hierzu: Anhörung der Vertrauenspersonen nach Art. 61
Absatz 1 Satz 3 der Verfassung von Berlin
i.V.m. § 9 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über
Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet die in Art. 61 Abs. 1 Satz 3 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 9 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid vorgesehene Anhörung der Vertrauenspersonen der Volksinitiative „**Unsere Schulen**“ statt. Ich gehe davon aus, dass wir, wie bei einer Anhörung üblich, ein Wortprotokoll erstellen werden. – Auch dazu höre ich keinen Widerspruch. Da die Sprecherinnen und Sprecher des Hauptausschusses aufgrund der gesetzlichen Vorgaben zur Behandlung von Volksinitiativen im Berliner Abgeordnetenhaus vereinbart haben, den Vorgang bereits in der kommenden Sitzung am 21. November 2018 erneut zu beraten, um eine Beschlussempfehlung an das Plenum abzugeben, werden wir beim Präsidenten die vorrangige Erstellung des Wortprotokolls beantragen.

Ich gebe noch einen Hinweis zum Ablauf der Anhörung von meiner Seite aus: Zum Ablauf der Anhörung schlagen wir Ihnen folgendes Verfahren vor. Zunächst werden die Vertrauenspersonen um ein kurzes Eingangsstatement von etwa fünf Minuten pro Anzuhörenden gebeten. Dabei möchte ich darauf hinweisen, dass sowohl die Vertrauenspersonen als auch die Mitglieder dieses Ausschusses ausdrücklich darum gebeten werden, laut und deutlich zu sprechen, damit alle Personen im Saal das jeweilige Statement auch deutlich vernehmen können. Danach hat der Senat von Berlin die Möglichkeit für ein Statement. Es erfolgt eine erste Fragerunde nach Fraktionsstärke mit Fragen an einen oder auch mehrere Anzuhörende. Danach erfolgt eine Antwortrunde an Vertrauenspersonen bzw. an den Senat von Berlin. Dann gibt es eine zweite Fragerunde nach Fraktionsstärke an die Anzuhörenden. Dem folgt wiederum eine weitere Antwortrunde. Gibt es Widerspruch gegen das vorgeschlagene Verfahren? – Ich sehe, dass das nicht der Fall ist. Dann werden wir, wie von mir vorgeschlagen, verfahren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe jetzt die große Ehre und die große Freude, die Sitzungsleitung an meine Kollegin abzugeben, was ich hiermit tue. – Bitte sehr!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Vielen Dank, Herr Kollege! – Auch ich möchte alle Anwesenden recht herzlich begrüßen und Dank aussprechen, dass Sie im wahrsten Sinne des Wortes so zahlreich erschienen sind. Ich begrüße die Vertrauenspersonen der Volksinitiative „Unsere Schulen“ in alphabetischer Reihenfolge, Frau Siegrun Bofinger, Frau Dorothea Härlin, Frau Gerlinde Schermer, Herr Carl Waßmuth, Frau Hannelore Weimar. Herzlich willkommen!

Wie bereits durch meinen Kollegen angekündigt, haben Sie etwa fünf Minuten pro Anzuhörenden, insgesamt etwa 25 Minuten für Ihre einführenden Stellungnahmen. Die 25 Minuten können Sie beliebig untereinander aufteilen, wie Sie es möchten. Insgesamt sind für die erste Runde der Anzuhörenden 25 Minuten vorgesehen. Die Stellungnahme des Senats, zusammen SenFin und SenBildJugFam, wird auch etwa zehn Minuten betragen. Die Aussprache in der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen in der ersten Fraktionsrunde wird fünf Minuten pro Fraktion betragen. Dann erfolgt die Beantwortung von Fragen durch die Vertrauenspersonen. Ich denke, dass wir jetzt auch mit der Anhörung in alphabetischer Reihenfolge beginnen können.

Dorothea Härlin (Vertrauensperson): Wir haben uns ein wenig anders abgesprochen. Ich würde gerne anfangen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wenn Sie eine andere Reihenfolge untereinander vereinbart haben, ist es nicht schlimm. Wichtig ist es einfach nur, die Zeit im Blick zu behalten. Wenn Sie sich an die Fünf-Minuten-Regel halten, ich um das erste Statement durch Frau Dorothea Härlin. – Bitte schön, Sie haben das Wort. – [Zuruf von den Zuschauern: Wir protestieren, dass wir nicht hineinkommen. Man sollte die Polizei rufen, damit wir hier hereinkommen. Wir wollen das nicht vor einem Fernseher übertragen bekommen. Dann könnten wir auch zu Hause bleiben, wo es übertragen wird. Wir könnten in den Plenarsaal gehen!]

Dorothea Härlin (Vertrauensperson): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Berlinerinnen und Berliner! Sichtlich sind ja viele gekommen. Ich hoffe, dass alle auch Platz gefunden haben, um das heute anzuhören. Fünf Minuten pro Person für das große Infrastrukturprojekt, das Milliardenprojekt des Senats, sind sehr wenig. Deswegen können wir uns nur auf wenige Sache konzentrieren und haben Ihnen eine schriftliche ausführliche Stellungnahme mitgebracht, mit der Sie unsere Argumentation sehr viel ausführlicher verfolgen können.

Ihnen liegt heute die Senatsvorlage vom 25. August, rote Nr. 1479, vor. Auf den ersten Blick könnte ich als pensionierte Studienrätin jubeln, denn es soll plötzlich ganz viel Geld für Schulen und die Sanierung ausgegeben werden. Der Senat verspricht, dass mit dieser BSO und mit der Einbeziehung der Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE alles schneller und billiger wird. – [Zurufe aus den Zuschauerreihen: Wir wollen rein!]. Da sind wir total anderer Meinung. Unsere Analyse, die Sie mit unserer schriftlichen Stellungnahme genau verfolgen können, zeigt genau das Gegenteil. Die Einbeziehung der HOWOGE macht alles langsamer und teurer.

Ich konzentriere mich jetzt auf das Hauptkonstrukt. Meine folgenden Rednerinnen und Redner werden dann andere Aspekte hervorheben. Auf Seite 1 Ihrer Vorlage steht: Die HOWOGE soll einbezogen werden. „Damit sollen zusätzliche Planungs- und Baukapazitäten für den Schulbau aktiviert werden.“ Aha! Das ist schön, klingt gut, aber wenn ich dann die Geschäfts-

führerin der HOWOGE, Frau Stefanie Frensch in ihrem Interview höre, dann sagt sie, dass 15 bis 18 zusätzliche Planstellen bei der HOWOGE dafür geschaffen werden sollen. Wow! Das müssen Supermenschen sein, die 1,7 Milliarden Euro umsetzen können. Wenn man genau hinsieht, ist vielleicht der wirkliche Grund der Einbeziehung der HOWOGE auf Seite 2 zu finden. Da steht nämlich: „Hierfür ist grundsätzlich eine Finanzierung durch Kreditaufnahme durch die HOWOGE vorgesehen.“

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Entschuldigung! Könnten die Diskussionen bitte draußen stattfinden? Danke!

Dorothea Härlin (Vertrauensperson): Dann lese ich gleich noch weiter:

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Es wurde darauf hingewiesen, dass eine Übertragung stattfindet und auch darauf hingewiesen, wie viele in diesen Raum hineinpassen. Ich bitte, im Namen der Sache Besonnenheit walten zu lassen. – [Mario Czaja (CDU): Aber wenn die Leute nicht hineinkommen können, ist es von der Organisation her eine Katastrophe! Dann hätte man den Plenarsaal nehmen müssen! – Zuruf: Das wurde ja beantragt Zeichen]

Dorothea Härlin (Vertrauensperson): Also diese Minute habe ich jetzt plus. – „Für diesen Fall sind die entsprechenden Ansätze in der Investitionsplanung 2018 bis 2022 mit einem Wegfallvermerk zu versehen bzw. werden sie in der Fortschreibung der Investitionsplanung nicht mehr berücksichtigt, aber informatorisch mitgeführt.“ Das heißt im Klartext, die Gelder waren im Haushalt vorhanden und sollen aus dem Haushalt herausgenommen werden und durch Kredite der HOWOGE ersetzt werden.

Der voraussichtlich wahre Grund dafür sind diese Gelder, die die HOWOGE aktivieren soll. Was ganz in diesem Papier fehlt, ist eine Aussage, wie diese Kredite der HOWOGE besichert werden sollen. Sie alle wissen, dass keine Bank Kredite ohne Sicherheiten gibt. Bisher wurden Schulen so finanziert, dass der Berliner Haushalt dafür geradestand. Das soll sich ändern. Das ist ein eklatanter Paradigmenwechsel. Die Besicherung dieser sogenannten HOWOGE-Schulen soll auf Grundlage von 25- bis 33-jähriger Mietverträge der HOWOGE mit den Bezirken erfolgen. Das heißt im Klartext, diese Schulen werden zum Faustpfand für die Banken. Das ist wirklich ungeheuerlich.

Viertens: Damit kreditähnliche Konditionen erreicht werden, also niedrige Zinsen, wird den Banken ein Einredeverzicht zugesichert. Dieses Konstrukt kennen wir sehr gut aus ÖPP-Vertragen. Es betrifft immer die Zusage an Banken, dass sie für eventuelle Mängel nicht verantwortlich gemacht werden können. Wenn Sie auf Seite 4 nachsehen, wird hier groß geschrieben: Einredeverzicht „NICHT“ gegenüber der HOWOGE. Das ist eine ganz klare Augenwischerei und nur für Leute gedacht, die vielleicht nicht so in der Materie drin denken. Wie schon gesagt, es ist immer gegenüber den Banken.

Ich appelliere an Sie als Abgeordnete, die bei den derzeitigen politischen Turbulenzen gegebenenfalls in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr dabei sein werden, stellen Sie keine Weichen, wodurch Schulen für 25 bis 33 Jahre unkündbar in die Hände von Banken gegeben werden. Das Konstrukt dieses Einredeverzichts ist zudem ein geeignetes Mittel, um Schulen zu Finanzprodukten zu machen. Dazu steht auch mehr in unserer schriftlichen Stellungnahme.

Fünftens steht auf Seite 8: Zwischen dem Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, für Stadtentwicklung und Wohnen sowie für Finanzen wird ein Rahmenvertrag zu schließen sein. Seit gestern Nacht wissen wir, dass der Senat diesen Rahmenvertrag bereits im Senat vorgestellt hat. Das hat uns heute die Schuhe ausgezogen, denn das ist wirklich eine Ungeheuerlichkeit, wenn der Senat, noch bevor er unsere Argumente überhaupt angehört hat, das bereits im Senat vorlegt. Das ist unglaublich. Der Senat fordert Sie in dem Papier eigentlich auf, dass Sie dem Rahmenvertrag zustimmen. Ich wiederhole noch einmal – das ist ganz wichtig –, in dem Rahmenvertrag werden die entscheidenden Weichen für die nächsten 25 bis 33 Jahre gestellt. Die Berliner Mauer, das wissen Sie, hat nicht ganz so lange gehalten.

Sie als Abgeordnete können das noch stoppen. Nicht umsonst sind die Exekutive und die Legislative in der Demokratie getrennt. Sie haben es also noch in der Hand. Sie müssen die Senatsvorlage heute nicht billigend zur Kenntnis nehmen. – [Zuruf aus den Zuschauerreihen: Es ist eine einzige Sauerei. Man ist hier angemeldet und kommt nicht herein!] – Halt! Bitte unterbrechen Sie mich nicht.

Das Nadelöhr bei der Umsetzung der Berliner Schuloffensive ist nicht mehr das Geld. Der Senator hat im August festgestellt, dass er weitere 1,18 Milliarden Euro Mehreinnahmen hat. Das Geld ist da, das Nadelöhr ist das Fachpersonal im Bauwesen. Das kann die HOWOGE auch nicht aus dem Hut zaubern. Wo ist die Offensive des Berliner Senats für eine Ausbildungs- und Anwerbungsoffensive von Fachkräften? Mein Verdacht: Aus Personalpolitik sind keine Finanzprodukte zu machen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Bauen im Rahmen der öffentlichen Verwaltung ist nicht leicht. Das ist bekannt. Aber die Verantwortung, nachdem so viel kaputtgespart wurde, jetzt in privatrechtliche Strukturen und in die Hände von Banken zu geben, kann nicht die Lösung sein. Wir sind hier heute stellvertretend für ungefähr 30 000 Berlinerinnen und Berliner, die diese Anhörung überhaupt möglich gemacht haben. Wir wollen aber mehr als diese knappe Anhörung heute. Wir fordern eine breite Debatte über das größte Infrastrukturprojekt Berlins. Diskutieren Sie Alternativen. Wir haben reichlich Vorschläge gemacht. Von Seiten des Senats liegt uns da nichts vor. Entscheiden Sie nicht über unsere Köpfe als Steuerzahrende, als Eltern, als Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer hinweg. Sie würden damit ein fatales Zeichen setzen, das weitere Menschen, die sich übergangen fühlen, in die Hände rechter Rattenfänger treibt. Es geht hier nicht um nur um Schulbauten,

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Härlin!

Dorothea Härlin (Vertrauensperson): Es geht auch um Demokratie. – Vielen Dank! – [Beifall der Zuschauer] –

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Vielen Dank! – Wir waren hier vorn sehr kulant. Ich bitte Sie aber trotzdem, das nicht zu überzustrapazieren. Es ist die Regel und Tradition des Abgeordnetenhauses, dass Anzuhörende immer fünf Minuten Redezeit haben. – [Rufe aus den Zuschauerreihen: Wir wollen rein! Wir wollen rein!] – Das bezieht sich nicht nur auf die heutige Anhörung. Es ist einfach die Regel. Machen wir jetzt weiter mit Frau Bofinger? – Bitte schön, Frau Bofinger, dann haben Sie das Wort.

Siegrun Bofinger (Vertrauensperson): Meine Damen, meine Herren! Werte Anwesende! Ich möchte zu dem Aspekt der Schuldenbremse in diesem ganzen Konstrukt der BSO etwas sagen. Da mir nur fünf Minuten Redezeit gestattet sind, lese ich ab, damit ich mich zeitlich nicht verzettele, und die Zeit beginnt jetzt. – [Unruhe in den Zuschauerreihen – Rufe: Wir wollen auch hinein!] – Ja, ich freue mich, dass die Berliner Schulen endlich saniert und neue Schulen gebaut werden. Die meisten von uns haben Kinder und Kindeskinder, sodass wir den langsamen Verfall vieler Schulen als Folge vergangener Sparpolitik unmittelbar verfolgen konnten. Wir haben alle noch den Ausspruch des damaligen Oberbürgermeisters im Ohr: Sparen bis es quietscht.

Jetzt dagegen stehen dafür 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung, und die Steuern sprudeln immer noch. Der Finanzsenator will für 2018/2019 sogar 1,24 Milliarden Euro mehr Schulden tilgen, als es im Koalitionsvertrag vereinbart ist. Es gibt noch ein Mittelabflussproblem für das SIWANA-Vermögen. Dort sind auch noch 2,7 Milliarden Euro vorhanden. Eigentlich ist die Lage wunderschön. Warum haben wir also unsere Volksinitiative gestartet? Wir haben sie gestartet, weil wir mit der Umsetzung der Berliner Schulbauoffensive, im folgenden kurz BSO, nicht einverstanden sind. Das wiederum hat mit der rapide fortschreitenden Privatisierung der Verwaltungsaufgaben des Senats zu tun. Bildung ist eine Hoheitsaufgabe des Senats. Die Verantwortung dafür darf nicht aus der Hand gegeben werden, also keine Auslagerung von öffentlichem Eigentum ins Privatrecht und kein Entzug der demokratischen Kontrolle.

Aber wie konnte es dazu kommen? Was wäre der Fall, wenn die Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE in das Konzept der BSO eingebunden wird, um bei der Finanzierung der Großsanierung und beim Neubau der Schule zu helfen? Die HOWOGE gehört zu 100 Prozent dem Land Berlin. Doch als Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist sie ihrer Satzung nach dem Privatrecht unterworfen. Sie ist nicht dem Gemeinwohl, sondern der Wirtschaftlichkeit verpflichtet. Der Senat ist bei seinem Vorhaben offensichtlich der Meinung, dass die vorhergesetzte Summe für die Schulbauoffensive nicht reichen kann, wenn 2020 die Schuldenbremse für die Kommunen in Kraft tritt.

Die Schuldenbremse wurde von der Föderalismuskommission in Deutschland 2009 eingeführt und im selben Jahr mit Zweidrittelmehrheit der Parteien in die Verfassung aufgenommen, um die Staatsverschuldung Deutschlands zu begrenzen. Die Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung war das Ergebnis zunehmenden neoliberalen Einflusses auf Politikträger, denn sie führt im Endeffekt dazu, dass Länder, Städte und Kommunen die scheinbare Lösung ihrer ureigensten Aufgaben in der Privatisierung oder Teilprivatisierung sehen. Damit verlieren sie politischen, demokratischen und sozialen Gestaltungsspielraum. Also, der Senat fürchtet Geldnot. Mithilfe einer Kreditaufnahme von 1,7 Milliarden Euro durch die HOWOGE sollen die Schuldenbremse und gegebenenfalls auch die Vorgaben des europäischen Fiskalpakts umgangen werden. Zu diesem Zweck der Kreditaufnahme durch die HOWOGE überträgt der Senat für 25 bis 33 Jahre die Schulgebäude per Erbbaurecht an die Wohnungsbaugesellschaft und mietet dann für 25 bis 33 Jahre die eigenen Schulen zurück. Die Mieten gelten als Sicherheit für den aufzunehmenden Kredit bei einer Bank. Dieser Vertrag ist unkündbar. Den Satz merken Sie sich gut. Er steht in Ihrer Vorlage auf Seite 4, zweifelsfrei.

Mit dieser Übertragung von öffentlichem Eigentum in Privateigentum wäre der Schritt in eine formelle Privatisierung vollzogen. Über die Zinsbindung und den Einredeverzicht hat Frau Härlin schon berichtet. Entscheidend bei der Schuldenbremse ist dabei nur, dass das Land

Berlin mit dem Einredeverzicht fast alle Risiken des Kredits übernimmt. Das widerspricht der Norm von Eurostat. Das ist die Behörde, die in den europäischen Ländern die Einhaltung der Schuldenregelung kontrolliert. Laut Eurostat werden Gemeinschaftsinvestitionen in europäischen Ländern nur dann nicht als Staatsinvestitionen gezählt, wenn der private Partner überwiegend die Risiken trägt. Das ist hier wohl nicht der Fall. Der Senat kann seinen wichtigsten Plan, die Schuldenbremse zu umgehen, nicht mit Gewissheit umsetzen, denn, Zitat: „Die Prüfbehörde Eurostat sehe bei Einredeverzicht eine Zuordnung der Darlehenssumme zum Staatssektor vor, da die Zahlungen vom Land bedingungslos garantiert werden.“ Der Senat muss also durch den Einredeverzicht 25 oder 33 Jahre lang den Kredit der Bank immer zahlen. Die HOWOGE könnte sogar pleitegehen. Das hat der Senat der Bank garantiert. Also muss natürlich mit Steuergeldern ausgeglichen werden.

Es bleiben noch viele Fragen zur BSO offen: Kommen die zahlreichen einheimischen Architekturbüros und Bau- und Handwerksfirmen zum Zuge? Das bezweifelt die Architektenkammer. Werden im geheimen ausgehandelte Verträge den Schulbau und damit das öffentliche Bildungswesen für Jahrzehnte prägen? Könnte es durch die Einbindung der HOWOGE teurer werden? Hat der Landesrechnungshof Einsichtsrecht? Das sind Fragen, die Sie, liebe Abgeordnete, in Ihrer Funktion als Kontrolleurinnen und Kontrolleure des Senatshandelns dem Senat stellen können. Das ganze Manöver mit der HOWOGE wird veranstaltet, um die Schuldenbremse zu umgehen. Warum steht ausgerechnet eine rot-rot-grüne Koalition diesem neoliberalen Konstrukt mit seinem demokratischen Defizit und finanzpolitischen Risiko so unkritisch gegenüber? Zumindest die Linken und Grünen haben 2009 im Bundestag fast geschlossen gegen die Einführung der Schuldenbremse gestimmt, wohl wissend, dass es ein neoliberales Projekt ist zur Gewinngenerierung der Privatwirtschaft. – [Zuruf: Lauter, bitte!] – Das ist eine Diskussion, die im Abgeordnetenhaus geführt werden muss. Auch wenn es zurzeit keine politische Mehrheit auf Bundesebene dafür geben sollte, muss die Diskussion über Risiken und Folgen der Schuldenbremse in die Öffentlichkeit und in den Bundestag getragen werden. Das Grundgesetz ist doch nicht unantastbar. Ich lege Ihnen ans Herz, stimmen Sie der Senatsvorlage in der Form nicht zu. – Das war jetzt einmal eine kurze Darstellung der Schuldenbremse bei dem ganzen Konstrukt. Eines möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, zum Schluss noch sagen: Denken Sie daran, Sie werden zum Teil schon in Rente sein, wenn dieses Abkommen endlich beendet ist. Das Land Berlin zahlt dann immer noch, egal was inzwischen passiert, denn, Sie erinnern sich, der Vertrag ist unkündbar. – [Beifall aus den Zuschauerreihen]

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Vielen Dank, Frau Bofinger! – Ich denke, das waren auch Ihre letzten Worte. – Ich bitte, den Applaus zu unterbinden. Das entspricht hier nicht den Regularien. – Es kommen jetzt Personen von draußen hinzu. Ich bitte Sie, da wir hier relativ wenig Sitzplätze haben, dass sich diejenigen, die stehen, gern auch auf den Boden setzen können, wenn sie möchten. Ich bitte aber weiterhin um Ruhe und Besonnenheit bei diesem Thema. – Wir machen weiter mit Frau Weimar. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Hannelore Weimar (Vertrauensperson): Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben jetzt schon sehr viele Informationen bekommen. Jetzt komme ich. Ich möchte ein wenig konkreter werden. Eine Wohnungsbaugesellschaft baut Schulen, und der Staat bezahlt dafür jahrzehntelang Geld, auch wenn diese Schulen gar nicht genutzt werden können. Ich schätze einmal, viele von Ihnen sagen jetzt: Was für ein Horrorszenario. Das wird schon nicht passieren. – Es ist aber schon passiert. Ich rede von der Vergangenheit und nicht von der Zukunft. Anfang der

Siebzigerjahre hat die DEGEWO mehrere Mittelstufenzentren gebaut. 30 Jahre lang hat der Staat dafür jeden Monat Leasingraten bezahlt. Aber nach der Hälfte der Zeit sind fast alle Gebäude überhaupt nicht mehr nutzbar gewesen, wegen Asbest und vieler anderer Dinge.

Was hat es den Staat gekostet, diese Bauten zu errichten? Erstens: Er musste jeden Monat Miete zahlen, 30 Jahre lang, obwohl die Schulen nur 15 Jahre lang genutzt werden konnten. Zweitens: Die Ruinen mussten unterhalten werden. Es musste Schadensbegrenzung gemacht werden. Drittens: Es mussten Ersatzbauten geschaffen werden. Viertens: Es musste abgerissen werden. Fünftens: Es mussten neue Schulen gebaut werden. Es sind viel mehr Kosten entstanden, als im Endeffekt eingeplant waren. Wir sind jetzt wieder auf dem Weg einer Typisierung und von Zentralisierung. Die Finanzverwaltung hat gesagt: Nur bei Typenbauten kann das unternehmerische Risiko überhaupt übernommen werden. Typenbauten, Zentralisierung sind der falsche Weg. Die Bezirke kennen ihre Standorte. Die HOWOGE ist zentral organisiert. Sie baut und plant ohne wirklich die Interessen und Bedarfe direkt vor Ort über Jahre zu kennen. Die Zentralisierung bedingt, dass zum einen die Partizipation der Schulkonferenzen an den Einzelschulen eingeschränkt, wenn nicht gar verloren geht. Wir sehen da vorne das wunderbare Bild des Gremienwirrwarrs. Jetzt kommen dann also an den Schulen die sogenannten Bauausschüsse noch dazu. Warum nutzt man nicht die demokratisch legitimierten Gremien, die existent sind?

Eine Zentralisierung bedeutet auch, dass die Bedarfe der einzelnen Standorte nicht berücksichtigt werden, dass die unterschiedlichen Schulprogramme, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse der Schulen keine Rolle mehr spielen. Ich als ehemalige Schulleiterin stelle mir viele Fragen zu dieser Zentralisierung und zum Typenbau, und dazu gehört zum Beispiel, was eigentlich mit den Raumnutzungen passiert, mit der Volkshochschule, mit den Musikschulen, mit den Sportvereinen. Haben die denn weiterhin die Möglichkeit, tatsächlich kostenfrei in den Schulen zu arbeiten? Wer entscheidet, welche Werbung oder ob überhaupt Werbung in den Schulen hängen darf? Das Luxusproblem Parkplätze für Lehrerinnen und Lehrer: Ich bezweifle, dass sie weiter kostenfrei nutzbar sein werden. Was passiert mit den Hausmeisterinnen und Hausmeister, die eigentlich beim Schulträger beschäftigt sind, wenn die HOWOGE die Schule grundsaniert hat, und, und, und so weiter. Das sind viele Fragen. Einen großen Teil davon finden Sie auch noch einmal detaillierter beantwortet in unserer Stellungnahme.

Eine große Frage ist z. B. auch: Was passiert mit der Schadensregulierung? Was ist ausgeschlossen? Auf alle Fälle ist klar, dass die Hausmeister und die Schulleitungen wahrscheinlich noch schwieriger in der Lage sein werden zu klären, wer denn jetzt Schäden in der Schule bezahlt. Die HOWOGE gibt eine Gewährleistungszeit von fünf Jahren. Das heißt, ein großes Interesse an nachhaltigem und ökologischem Bauen ist da nicht zu erwarten. Dieses Schulhoffensivprojekt ist das größte Projekt dieser Legislaturperiode. Sie haben damit Werbung gemacht vor den Wahlen und Sie machen jetzt immer noch Werbung damit. Beim Bauen gibt es neun Leistungsphasen. Ich frage mich: Wo ist bei diesem Projekt die Phase null? Die Phase null in diesem Projekt ist eigentlich die originäre Aufgabe der Politik. Das bedeutet nämlich Bestandsaufnahme und genau zu gucken: Was muss gemacht werden? –, und zwar auf der Basis einer breiten Diskussion. Alle an Schule Beteiligten müssen beteiligt werden. Diese Phase null hat allein im Abgeordnetenhaus überhaupt nie stattgefunden, aber auch nicht in der Gesellschaft, und wenn wir als Volksinitiative nicht gearbeitet und diese Stimmen in kurzer Zeit gesammelt hätten, dann gäbe es noch viel weniger Transparenz, was diese Schulbauoffensive betrifft, als wir jetzt haben.

Die Grundsatzentscheidungen des Senats Inklusion und Ganztagsunterricht finden sich auch nicht vollständig in diesem Maßnahmenkatalog, der uns jetzt hier vorliegt. Das heißt, zu sagen, jetzt machen wir die Schulbauoffensive, jede Schule wird in zehn Jahren angefasst, zeigt, dass es dann in der Praxis doch nicht so sein wird. Nach zehn Jahren wird nicht alles gut sein. Es ist unredlich, den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen das so zu verkaufen, als ob alles dann wunderbar ist. Welche Auswirkungen das hat, sehen wir am Schadow-Gymnasium. 2018 sollte es saniert werden, aber jetzt sind erst mal alle Gelder eingefroren, und die Sanierung erfolgt 2022. In anderen Projekten ist es genauso, dass durch die ganze Offensive, der falschen Planung, alles verschoben wird. Ich möchte Sie bitten, einen Fehler, der schon mal gemacht worden ist, nicht zu wiederholen, sondern tatsächlich die Schulen unter breiter Diskussion aller an Schule Beteiligten mit öffentlichen Geldern zu sanieren und neu zu bauen, denn Bildung ist eine staatliche Aufgabe und sollte auch eine bleiben. – [Beifall von den Zuschauern] –

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Vielen Dank! – Darf ich noch mal die Bitte äußern zu beachten, dass das Klatschen hier untersagt ist. Ich hoffe, dass Sie dieser Bitte nachkommen. – Herr Waßmuth, bitte schön!

Carl Waßmuth (Vertrauensperson): Vielen Dank! – Mein Name ist Carl Waßmuth. Ich werde zu drei Punkten, drei Aspekten dieses Vorhabens sprechen, einmal zur Verzögerung, zur Kostensteigerung sowie zu dem jetzt gerade bekannt gewordenen Rahmenvertrag. Ein ganz wichtiger Punkt und für die Eltern und Schüler/-innen der wichtigste Punkt ist, dass es damit schneller gehen soll. Das wird behauptet, aber leider nirgendwo belegt. Tatsächlich müssen wir insbesondere durch die Einbindung der HOWOGE genau mit dem Gegenteil rechnen. Dadurch wird der Schulbau wesentlich langsamer. Das Beispiel Schadow-Gymnasium wurde schon genannt. Das Grundprinzip ist aber folgendes, das müssen Sie sich vergegenwärtigen – ich bin Bauingenieur, nicht im Schulbau, im Stahlhochbau, aber ich habe Erfahrung mit solchen Projekten –: Was hier gemacht wird, ist ein Paradigmenwechsel, es wird vom parallelen Bauen zum seriellen Bauen gewechselt. Das heißt, seit 2016, seit Sie im Amt sind, hätten schon 60 Büros gleichzeitig anfangen können, sich um 60 Schulen in der Stadt zu kümmern. Diese Büros und Planer sind vorhanden, die könnten loslegen. Stattdessen ist alles angehalten. Wir warten auf die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die die Standards bis zum Ende

durcharbeiten will, weil sie in die Ausschreibung der HOWOGE reinkommen sollen, und wir warten auf die HOWOGE, die erst mal ein riesiges Vertragskonstrukt fertig ausgearbeitet bekommen muss, und das ist jetzt mit diesem Rahmenvertrag noch nicht fertig, da kommen noch die Erbbauverträge, die Mietverträge, Verträge zum baulichen Unterhalt. Wir warten und warten und könnten schon längst losbauen. Das könnte in Spandau vor zwei Wochen losgegangen sein, in einem anderen Bezirk zwei Wochen später, das macht überhaupt nichts.

Aber diese Bündelung – das kommt noch dazu – in große Lose verzögert dann noch einmal weiter, denn dann hat man Zehnerpakete, die in der Ausschreibung viel komplexer sind. Und wenn da sogar noch Sanierungen dabei sind, kann ich Ihnen nur sagen: Sanierungen in Pakete zu packen, ist baulich fatal und führt zu weiteren Verzögerungen. Auch die Festlegung auf Typisierung wird zu Verzögerungen führen, denn Sie müssen erst mal einen Typen entwickeln. Das bringt Ihnen was bei großen Serien, aber 60 Schulen – und davon sind nur 20 oder vielleicht sogar nur zehn typisierbar – sind keine große Serie, das ist eine Kleinserie, da werden Sie überhaupt keinen nennenswerten Effekt haben, auf jeden Fall nicht in der Bauproduktentwicklung, und Sie warten länger, weil die Typisierung erst abgeschlossen und dann noch mal baustatisch etc. pp. geprüft werden muss. Die muss dann auch aufwendiger geprüft werden. Das könnte alles parallel stattfinden.

Auch die Priorisierung auf den Neubau wird zu einer Verzögerung führen. Das ist klammheimlich passiert, eigentlich war von Sanierung gesprochen worden, als Michael Müller das vor der Wahl bekannt gegeben hat. Sanieren dauert manchmal lange, aber wenn eine Sanierung lange geht, dann dauert sie zwei, maximal drei Jahre. Neu bauen dauert aber noch viel länger, insbesondere in Berlin mit der Berliner Bauverwaltung, wie wir sie gerade haben, und da liegen die Engpässe beim Personal vor allen Dingen bei der Baugenehmigung. Davon wird hier überhaupt nicht gesprochen, und das kann auch die HOWOGE an keiner Stelle ersetzen.

Diese ganzen Verzögerungen führen zu Kostensteigerungen. Das ist beim BER so gewesen, da kostet ein Jahr Verzögerung etwa 350 Millionen Euro. Wir haben ein vergleichbares Volumen hier, darüber müssen wir uns im Klaren sein. Das heißt, ein Jahr Verzögerung kostet uns auch um die 300 Millionen Euro. Jetzt war hier – damit das nicht durcheinandergebracht wird – in den Zeitungen von Montag und Dienstag von Kostensteigerungen berichtet worden. Wir selbst haben dazu intensiv recherchiert, und Sie müssen wissen: Hierbei handelt es sich nicht um Kostensteigerungen, sondern das sind die Steigerungen von Kostenprognosen im Vorfeld, ganz anders als beim BER. Da wurde losgebaut, und hinterher wurde es teurer. Hier werden die Preise enorm in die Höhe getrieben, bevor es losgeht, damit die, die die Aufträge kriegen, vielleicht ein großes Volumen für eine kleine Leistung haben. Man muss einfach wissen: Was kostet eine Schule? Damit sollten Sie sich bitte auseinandersetzen. Eine Schule zu bauen, ist nicht irgendetwas, da gibt es einen Baukostenindex. Den kann man sich im Internet runterladen, das ist ein anerkannter Baupreisindex, den die Architekten und Ingenieure verwenden, und da liegen die Kosten im Mittel bei 1 650 Euro pro qm, es geht vielleicht bis 2 800 Euro pro qm, das hatte man in Hamburg. Sie haben jetzt hier Planungen für Kosten von 6 950 Euro pro qm. Das ist exorbitant, und das wird auf die Miete umgelegt. Wenn Sie nur das auf die Miete umlegen, die in 25 Jahren dafür zu zahlen ist – und dann ist das Gebäude abgeschrieben und auch faktisch kaputt –, dann bekommen Sie da auf einmal statt einer Miete von 9,33 Euro – das wären die 2 800 Euro – eine Miete von 23,16 Euro. Alle wissen, dass 23 Euro eine relativ hohe Miete sind, und dann kommen noch die Betriebskosten dazu. Wir haben gehört, die HOWOGE hat da kein Interesse an ökologischem, nachhaltigem Bauen, die

werden auch hoch sein. Das heißt – wir haben eine Beispielrechnung hier in der Stellungnahme –, da kommen Sie auf 33 Euro. Darin sind wesentlich die Kostenprognosesteigerungen enthalten. Wir müssten nicht so teuer bauen, wenn wir auf dieses Konstrukt verzichten. Es wird aber, wenn wir es doch machen, tatsächlich so teuer und vielleicht auch noch teurer. Das hat aber andere Gründe – nicht, weil die Baukosten so hoch sind, sondern weil dieses Modell so hohe Kosten verursacht. Da sind die Kreditkosten erst mal das wenigste. Es geht ja damit weiter, dass es auch Kreditbereitstellungskosten geben wird, denn Sie wollen die Kredite heute abschließen, aber vielleicht erst 2025 abrufen. Sie werden auch der HOWOGE wesentliche Werte von bis jetzt 388 Millionen Euro übertragen. Die hat aber am Substanzerhalt dieser Werte kein Interesse. Das ist ja Sache der Bezirke. Es wird auch Kosten geben dadurch, dass die Bezirke den baulichen Unterhalt der HOWOGE schenken und die ihnen dann am Ende der Laufzeit genau dieses Geschenk als Restwert wieder in Rechnung stellt. Damit verweise ich auf die Kosten in der Stellungnahme und komme zum Punkt Rahmenvertrag.

Wir haben den Rahmenvertrag gestern um 18.07 Uhr mit dem Hinweis bekommen, dass er im Internet steht. Da hatten wir nicht besonders viel Zeit, das zu prüfen. Zwei Punkte konnten wir identifizieren, und zum Rest sage ich danach noch was. Es sind aber zwei wichtige Punkte. Dieses Konstrukt ist eine Organisationsprivatisierung – darauf können wir noch eingehen, wenn Sie das interessiert – mit der Möglichkeit von weiteren materiellen Privatisierungen. Dagegen gibt es keine Bremsen oder sonstigen Halte. Welche materiellen Privatisierungen das sind, können wir Ihnen darstellen. In diesem Rahmenvertrag, der da vorgelegt wurde, gibt es keine Rückfallklausel für diesen Fall. Wir haben gerade gestern in der Zeitung gelesen, dass Häuser in der Karl-Marx-Allee weiterverkauft werden. Da sucht man jetzt verzweifelt die Rückfallklausel oder ein Vorkaufsrecht, um das noch irgendwie aufzufangen. In diesem Vertrag ist nichts davon. Wenn das an BlackRock geht, dann kriegt BlackRock unsere Schulen.

Das Nächste, was in diesem Rahmenvertrag steht, ist: Es soll offensichtlich die ganze Konstruktion mit diesem Rahmenvertrag jetzt festgezurrt werden. Das heißt, da steht was darin, was nicht drinstehen müsste, und was man erwarten würde, vermisst man. Man würde erwarten, das da drinstehrt, was jetzt die HOWOGE genau macht. Da steht „Partizipation“, aber es steht nicht drin, was, das kann ganz wenig oder ganz viel sein. Es steht nur drin, dass sie viel Geld dafür bekommen soll. Es wird aber darin geregelt, dass die Mietverträge mit den Bezirken abzuschließen sind, und das Erbbaurecht soll übertragen werden. Das steht schon im Rahmenvertrag. Das heißt, hier wird die Zuständigkeit rechtsgültig schon mit diesem Vertrag übertragen, nicht erst mit den Erbbauverträgen, die wir dann auch noch bekommen, und den Mietverträgen. Hier wird also jetzt schon ein Zuständigkeitswirrwarr erzeugt. Wir haben versucht, das zu visualisieren, wir haben uns Gedanken gemacht darüber: Wie sind die Bezüge wirklich? –, das wird jetzt schon festgelegt, und wenn dann ein Bezirk in zwei, drei oder fünf Jahren wieder den Mietvertrag hat und den nicht unterschreiben will, dann hat das enorme Folgen. Das wird so gar nicht mehr gehen, oder die HOWOGE hat Schadenersatzansprüche.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Waßmuth! Könnten Sie bitte straffen und zum Schluss kommen?

Carl Waßmuth (Vertrauensperson): Ich komme zum Schluss. – Der letzte Punkt, den ich nennen möchte: Wir haben einen Juristen damit beauftragt zu untersuchen, inwieweit dieser Rahmenvertrag den geltenden Gesetzen und der Landesverfassung entspricht. Das konnten

wir bis heute noch nicht leisten, sondern das läuft. Wir beantragen deswegen förmlich – und da bitte ich jetzt mal alle aufzustehen, damit wir ein bisschen verdeutlichen, dass das sehr förmlich ist –, dass, wenn uns die Expertise zu diesem Rahmenvertrag, die wir beauftragt haben, vorliegt, eine weitere Sitzung abgehalten wird, zu der wir erneut eingeladen werden, damit das in der Tiefe und Genauigkeit besprochen werden kann, die dieser Sache gebührt. – [Beifall von den Zuschauern] –

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Als Letzte hat Frau Schermer das Wort. – Bitte schön!

Gerlinde Schermer (Vertrauensperson): Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Gerlinde Schermer. Ich war mal Mitglied im Abgeordnetenhaus und habe erlebt, wie die Grundsatzentscheidung zur Teilprivatisierung der Wasserbetriebe erfolgen sollte. Die ging ähnlich voran wie heute. Man verlangte die Grundsatzzustimmung des Parlaments, und dann suggerierte man den Abgeordneten: Ihr könnte doch dann die Detailverträge noch angucken und da noch was ändern. – Nitschewo! So war es nicht. Bei der ersten Zustimmung geben Sie den Akt frei, und jetzt sage ich noch mal den Abgeordneten: Ihr gebt die Hoheit über den Haushalt ab. –, und das ist wohl wirklich ein sehr schwerwiegender Vorwurf. Das möchte ich begründen.

Sie wissen ja heute noch nicht einmal, welchen Wert Sie abgeben, und das sage ich auch als Mitglied der Steuerberaterkammer und als Freiberuflerin, die im Steuerrecht arbeitet. Wie hoch ist die Summe der Abschreibungen? – Ich erkläre gleich noch, was das ist, für diejenigen, die mit Buchhaltung nichts am Hut haben. – Wie hoch, Herr Senator, ist der Barwert der Abschreibungen auf 33 Jahre, die Sie der HOWOGE aus dem Haushalt schenken? – [Torsten Schneider (SPD): Eben haben Sie etwas von 15 Jahren gesagt!] – Wie hoch ist der Barwert? Ich verlange, dass im Haushalt des Landes Berlin jährlich nachgewiesen wird, wie hoch der Barwert ist, der an die HOWOGE verschenkt wird, denn es ist ja so, dass Sie in dieser Vorlage auch täuschen, Herr Finanzsenator! Sie täuschen die Abgeordneten über den Umstand der Abschreibungen mit kleinen Worten wie: Das regelt das Steuerrecht. – usw. Jeder Abgeordnete denkt vielleicht an seine Steuererklärung und sagt: Ich will damit nichts zu tun haben. Steuerrecht, ach ja, das gebe ich meinem Steuerberater. – So ist es aber hier nicht. Die Abgeordneten müssen entscheiden, und Sie, Herr Finanzsenator, haben die Hoheit über die Finanzbehörde in Berlin. Sie legen mit Ihrer Vorlage, die gestern gekommen ist, fest, dass Schulen nur 33 Jahre halten sollen. Baumeister haben Schulen gebaut, die 90 Jahre gehalten haben.

In der Vergangenheit haben Sie den Bezirken Geld gegeben für die Schulen in einer Größenordnung, die unter der Zumutung für 75 Jahre liegt. Das heißt, der bauliche Unterhalt wurde durch SPD und CDU sträflich vernachlässigt, aber es wurde gesagt, die Schulen sollen 75 Jahre halten bei Vernachlässigung im Bauunterhalt. Heute sagen Sie, neu gebaute Schulen – das ist eine Frechheit! – sollen 33 Jahre halten, und Sie begründen das damit, dass der Erbbauprtrag 33 Jahre laufen soll, und danach, wenn sie schnell abschreiben, also ein Cashfloweffekt für die HOWOGE entsteht, die HOWOGE also dadurch Gewinn macht aus dem Haushalt. Sie verlangen sozusagen, dass der bauliche Unterhalt nach fünf Jahren vollständig aus dem Landeshaushalt bezahlt wird. Das heißt, wie Herr Waßmuth eben schon gesagt hat: Der Wertzuwachs der Gebäude ist bei der HOWOGE. Ich frage mal: Welche private GmbH kriegt von einem Landeshaushalt so etwas geschenkt? – Das heißt, Sie entscheiden als Bildungspolitiker hier nicht nur über die Frage, wie viel Geld in die Bildung geht, sondern impli-

zit auch, wie viel in die HOWOGE geht für den Wohnungsbau. Dann möchte ich doch mal wissen: Werden dann die Mieten subventioniert, weisen Sie das im Haushalt aus? Das ist keine Haushaltswahrheit und -klarheit, das ist ein Verstoß gegen Normenwahrheit und -klarheit, Herr Finanzsenator! – [Beifall von den Zuschauern] –

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ich bitte Sie, den Applaus zu unterlassen. Das habe ich jetzt drei- bis viermal gesagt. Es ist eine Anhörung in der Sitzung des Bildungsausschusses und des Hauptausschusses, und ich bitte Sie, Disziplin zu wahren.

Gerlinde Schermer (Vertrauensperson): Das finde ich auch gut.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Und Sie, Frau Schermer bitte ich – –

Gerlinde Schermer (Vertrauensperson): Ich rege mich nur auf, weil mich die Sache aufregt. Jetzt bin ich auch wieder ruhiger.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Die Beschuldigungen von Politikern und Finanzsenator als „Lügner“ weise ich hiermit zurück.

Gerlinde Schermer (Vertrauensperson): Nein, ich habe nicht „Lügner“ gesagt, ich habe gesagt, er täuscht. Und jetzt weise ich auf die Drucksache 1479 hin. Wo sind die Täuschungen? Ich nenne sie nach Seitenzahlen. Seite 1: Der Finanzsenator geht in der Stadt herum und sagt, er macht das, um zusätzliche Haushaltssmittel zu generieren wegen der Schuldenbremse, damit die HOWOGE die Kreditaufnahme machen soll. In der Senatsvorlage steht das wohlweislich als Grund nicht. In der Senatsvorlage 1479, der Sie Ihre Zustimmung geben sollen steht als Grund für die Übertragung auf die HOWOGE nur, dass die HOWOGE zusätzliche Leistungen erbringt. Täuschung!

Zweitens, auf der Seite 3:

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit für den Wohnungsbau als Kernaufgabe der HOWOGE wird nicht durch unverhältnismäßige Risikoübernahme eingeschränkt.

Ja, stimmt, die HOWOGE bekommt ja Gewinn durch diese Übertragung der Schulaufgabe, ohne dass sie es selber macht, sie gibt es ja nur weiter.

Risiken für den Bereich Wohnungsbau werden auf diese Weise ausgeschlossen.

Ja, aber nicht für den Steuerzahler.

Seite 4: Laufzeit Mietvertrag 25 Jahre. Täuschung! In Ihrer Vorlage von gestern sagen Sie ja gleich, 33 Jahre Erbbaurecht. Nach 25 Jahren ist somit bei 33 Jahren Abschreibung noch ein Buchwert da, den die Bezirke bezahlen müssen, sie haben aber das Geld nicht. In der neuen Vorlage steht sogar: 37 Jahre. Das heißt, es ist ein Buchwert da, den die Bezirke aus dem Steuerzahlerhaushalt bezahlen müssten, denn sie haben das Geld nicht selber gegeben. Die Abschreibung erfolgt bei der HOWOGE. Seite 4: Nur in diesem Kästchen steht diese Sache über eine Größenordnung bei den Abschreibungen von 57 Millionen Euro pro Jahr. Das erklären Sie mal dem Steuerzahler! Ich bitte auch, dass Sie sich mit der Frage: Was ist Absetzung

und Substanzverringerung? – mal beschäftigen. Auch der Bildungsausschuss kann dadurch gewinnen, denn Sie haben sich ja mit diesen Fragen, mit den Kostenfragen bisher überhaupt noch nicht beschäftigt. – [Torsten Schneider (SPD): Selbst wir können etwas lernen!] – Auch die Frage: Was kriegt die HOWOGE für die fünf Jahre, wo sie die Gewährleistung macht? – Auch dafür soll sie ja noch Geld bekommen, die HOWOGE soll gar nichts bezahlen. Das steht auf Seite 4.

Der bauliche Unterhalt: Wie beim Neubau wird ggf. abweichende Einzelregelung möglich sein – Seite 5. Und dann auf Seite 6: Täuschung durch die vier kleinen Buchstaben „ggfs.“: Der Wertansatz Gebäudekaufpreis – das sind die Substanzschulen – kann gegebenenfalls für die Dauer des Erbbaurechts zinslos gestundet und am Ende umgekehrt nach 33, nein 37 Jahren wieder zurückgerechnet werden. Sie wollen den Wertansatz des Gebäudekaufpreises der Substanzschulen durch einen Gutachter ermitteln lassen. Dann schreiben sie den ab, und wenn sie das normal abschreiben, wie das Gebäude jetzt abgeschrieben wird, sind Sie nach 25 Jahren noch bei einem Restbuchwert, den wiederum der Bezirk nicht bezahlen kann. Das haben wir in der Unterlage drin, das können Sie dann nachrechnen.

Grunderwerbssteuer: Herr Finanzsenator! Sie wissen ganz genau – Sie sind zuständig, das Finanzamt ist Ihnen unterstellt –, ob die Grunderwerbssteuer fällig wird oder nicht. Seit April steht in der Unterlage: „Ich prüfe“. Das haben ja sogar die Bürgermeister kontrolliert. Also Sie prüfen und prüfen und prüfen. Wenn ich so arbeiten würde, würde ich nie zu einem Abschluss kommen. Die Steuerbefreiungsvorschrift sozusagen – –

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Trotzdem bitte ich Sie in Anbetracht der Zeit zu straffen. Danke schön!

Gerlinde Schermer (Vertrauensperson): Sie klären auch nicht, ob die Tätigkeiten, die die HOWOGE für die Bezirke machen soll, umsatzsteuerpflichtig sind. Umsatzsteuer wird überhaupt nicht erwähnt, obwohl auch diese Frage offen ist. Das Assetmanagement, das Sie in dieser Neuvorlage mit 0,2 Prozent pro Jahr auf eine Summe von 1,7 Milliarden Euro berechnen, die die HOWOGE den Bezirken in Rechnung stellen darf, bedeutet 86 Millionen Euro. Mit Umsatzsteuer oder ohne Umsatzsteuer? – Nicht beantwortet. Sie sehen, es sind sehr viele Fragen, die wir erst beantworten können, wenn wir mit unseren Gutachtern dieses Ding durchgegangen sind. Wir hatten ja bis jetzt nur die erkämpfte Vorlage, die uns erst am 25. 9. vom Senat mit dem Bürgermeistervotum zugänglich gemacht wurde. Das heißt, wir mussten allen Informationen hinterherkramen, Sie rücken erst etwas heraus, wenn wir Sie zwingen. Deshalb haben Sie das auch gestern im Senat gemacht, um sozusagen die Abgeordneten und Ihre eigenen Abgeordneten der Regierungsfraktionen unter Druck zu setzen, sodass sie nicht mehr nein sagen können. Aber da sage ich Ihnen: Da können wir von Amerika lernen. Es gibt Legislative und Exekutive, und dort prüft die Legislative, was der Senat Trump ihr vorlegt. – Danke!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ihnen allen herzlichen Dank! – [Beifall von den Zuschauern] – Nein! Ich bitte Sie, dieses zu unterlassen. Ansonsten müsste ich hier wirklich einen harten Break machen, und die, die klatschen wollen, gehen raus und schauen sich das Ganze aus dem Medienraum an. Es kann nicht sein, dass man so respektlos miteinander umgeht. Das ist schon meine fünfte Bitte, ich bitte, sie zu beherzigen. – Jetzt kommen wir zur Stellungnahme des Senats und fangen an mit der Senatsverwaltung für Finanzen. Ich gehe

davon aus, dass Herr Senator Kollatz selber die Stellungnahme dazu abgibt. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin): Danke schön, Frau Vorsitzende! – Ich verkneife mir jetzt, zu unpassenden Vergleichen und unpassenden Vorwürfen etwas zu sagen. Ich glaube, das können die Abgeordneten selber bewerten. Ich habe auf jeden Fall selten fünf verschiedene Redebeiträge gehört, in denen so viele explizite und implizite Unterstellungen drin waren, die ich jetzt mal generell als gegenstandslos erachte. Ich will aber etwas zu der Grundidee des Ganzen sagen. Jawohl, es handelt sich um das größte Projekt in dieser und in der nächsten Wahlperiode. Die Ausgangslage ist die, dass wir bislang, bis wir das aufgegriffen haben, die Situation hatten, dass es kaum Schulneubau in Berlin gab. Vielen von Ihnen werden sich noch daran erinnern, dass die Jahre nach 1989 im Wesentlichen von Schulschließungen und auch der Aufgabe von Schulen geprägt waren. Das heißt, wir haben ganz wenig Schulneubau gesehen. Die wenigen Fälle von Schulneubau, die erfolgten, hatten Bauzeiten von knapp zehn Jahren. Wir haben die Situation, dass Berlin eine deutlich wachsende Stadt ist, was gut ist. Berlin ist eine Stadt, die erstmals seit Generationen wieder einen Geburtenüberschuss hat, was gut ist, und wo ich auch davon ausgehe, dass der in Zukunft anhalten wird. Als Drittes ist Berlin eine Stadt, in der auch klar ist, dass, zumindest soweit wir in die Zukunft schauen können, die Schülerzahlen nicht sinken, sondern vom Trend her steigen werden, was wir aus den aktuellen Bevölkerungsprognosen auch sehen. Das führt eben dazu, dass es sinnvoll und auch notwendig ist, neue Strukturen zu schaffen.

Dazu ist es eben so: Die Investitionen aller Bezirke zusammen, die bisher für den Schulbau zuständig waren, im Bauunterhalt für die Schulen lagen im Jahr 2016 bei 60 Millionen Euro. Das ist die gesamte Jahresausgabe. Wenn wir über neue Strukturen nachdenken, dann geht es erst mal darum zu schauen, dass die Bezirke deutlich mehr machen und dass in den Bezirken, die das Thema bisher praktisch alleine geschultert haben mit Ausnahme der landesunmittelbaren Schulen, die bei der BIM sind, deutlich höhere Volumina umgesetzt werden. Eine grobe Rechnung der Senatsverwaltung für Finanzen zeigt, dass es, wenn wir verhindern wollen, dass der Schulbestand schlechter wird, erforderlich ist, in der Größenordnung von 180 Millionen Euro pro Jahr in den Bauunterhalt zu investieren. Es ist im letzten Jahr, 2017, in Zusammenarbeit mit den Bezirken gelungen, im Bauunterhalt von 60 Millionen Euro auf 90 Millionen Euro hochzufahren. Ich gehe davon aus, dass wir dieses Jahr ungefähr 120 Millionen Euro erreichen. Das ist eine Verdopplung, und daran sieht man schon, es ist ein sehr großer Kapazitätszuwachs. Wir brauchen aber noch mal so viel, wie diese Verdoppelung hat, um in die Situation zu kommen, dass der Bauunterhalt ungefähr den Erhalt der Gebäude trägt. Dazu kommt bei den Bezirken noch eine sehr lange Projektliste, die viele von Ihnen ja einsehen konnten, die aber auch öffentlich zur Verfügung steht, in der noch die kleinen Sanierungsprojekte genannt werden. Das ist ein massiver Kapazitätsaufwuchs in den Bezirken, der vorgesehen ist und erst mal gestemmt werden muss, bei dem wir aber dabei sind, und wo ich guten Mutes bin, dass wir das zusammen hinbekommen. Das ist aber bereits eine Kraftanstrengung.

Das reicht aber nicht aus, um die Aufgabe zu lösen, sondern das nächste Thema ist, dass wir das, was bisher die Stadtentwicklungsverwaltung, SenStadtWohn, und Vorgängerorganisationen geleistet haben, durchaus aufbauen, und da haben wir mit Typisierung positive Erfahrungen gesammelt. Es ist so, dass wir ohne die Modularen Ergänzungsbauten, die über 7 000 Schulplätze in Berlin gebracht haben, wo wir, wenn wir gut sind, vom Finanzbeschluss bis zur Umsetzung des Baus etwa 15 Monate brauchen, in der Schulkapazität schon in den letzten

Jahren sehr viel mehr Schwierigkeiten gehabt hätten. Dort war es durch eine zentrale und typisierte Herangehensweise und übrigens auch eine zentrale Ausschreibung möglich, die Baukapazitäten deutlich zu erweitern. Genau das wird auch weiter passieren. Das heißt, die im engeren Sinn staatlichen Baukapazitäten werden weiter erweitert. Aus den Paketen von Sen-StadtWohn sind im Übrigen drei Grundschulen im Rahmen der Schulbauoffensive im Bau. So viel zu dem Thema: Wir sehen nichts. Also es sind drei bereits im Bau, aus Holz, aber typisiert. Wir werden auch sehen, dass die zwei Schnelllaufpakete, die die Bildungsverwaltung identifiziert hat, Bauzeiten liefern, die deutlich unter zehn Jahren liegen, und das erreichen wir mit der Kombination aus wettbewerblicher Ausschreibung und als zweites Element durch Typisierung, wo es möglich ist, und als drittes Element auch durch eine gewisse Zentralisierung.

Die dritte Bemerkung, die ich machen will – das geht jetzt auch ein bisschen an den Grundsatz von dem, was hier vorgetragen wird –: Das Modell, das ich dem Berliner Senat und dem Berliner Abgeordnetenhaus vorgeschlagen habe und das bislang auch Zustimmung gefunden hat, ist durchaus ein Gegenmodell zu PPP. Bei vielen, glaube ich, werden dort Feindbilder aufgebaut, die nicht da sind, sondern das Kernthema von PPP ist eben, dass einem Privatunternehmen – wenn man es bei Schulbau macht – das Grundstück gehört, dass es also das Gebäude errichtet, dass das dann vom Land oder vom Bezirk – lassen wir es vereinfacht beim Land – gemietet wird und dass es dann auch im Besitz des Privaten bleibt oder es eine Kaufverpflichtung seitens der öffentlichen Hände in der Zukunft gibt.

Insofern ist die bundesweite Wahrnehmung von dem, was wir in Berlin machen, dass das sehr wohl ein Gegenmodell zum ÖPP ist, und es gibt durchaus ein Erstaunen über die Diskussion, die es hier gibt, gerade weil es ein solches Gegenmodell gibt. Wo liegt der Kern dieses Gegenmodells? – Es baut ein öffentliches Unternehmen. Es gibt einen Mietvertrag mit dem öffentlichen Unternehmen, der ja wohl unkündbar ist, der aber die gesamte Zeit abdeckt bis zum Übergang der Grundstücke plus Gebäude an die Bezirke. Das tauchte in all Ihren fünf Stellungnahmen nicht auf. Das ist der Kernpunkt. Das heißt, es kommt keiner aus diesem Thema heraus, dass diese Gebäude nach Ablauf der Verträge an die Bezirke übergeben werden, im Übrigen im Wesentlichen kostenfrei an die Bezirke übergeben werden, denn es steckt überhaupt nichts dahinter, dass dort etwas an die HOWOGE verschenkt wird, sondern es ist so, dass die abgeschriebenen Werte dazu führen, dass nachher in den Abschreibungen der Wert Null steht und das die Voraussetzung dafür ist, dass es den Bezirken nach Ablauf dieser Erbbaurechte kostenfrei übergeben wird. Dass die Erbbaurechte länger sind als die Abschreibungszeit, hat etwas damit zu tun, dass die Abschreibungszeit erst beginnen kann, wenn die Gebäude fertig sind. Es ist naturgemäß so: Wenn die Abschreibung in 33 Jahren auf Null führt, dann spricht einiges dafür, dass wir ungefähr drei Jahre Bauzeit haben – wenn es schneller geht, ist es umso besser, aber das sollten wir einkalkulieren – und ein Jahr Puffer im Sinne von Bauvorbereitung. Damit sind wir dann bei diesen Jahren. Die Miete wird erst gezahlt, wenn das Gebäude fertig ist. So ist es in der Grundlogik eines solchen Vertrages, und insofern ist die Logik: Es handelt sich um ein öffentliches Gegenmodell zu PPP.

Dann will ich noch zu einigen Themen Stellung nehmen. Erstens, es muss und soll eine Trennungsrechnung bei der HOWOGE geben, weil es wichtig ist und auch für die Stadt wichtig ist, dass der soziale Wohnungsbau nicht den Schulbau subventioniert und umgekehrt der Schulbau nicht den sozialen Wohnungsbau subventioniert. Das heißt, es wird dort eine Trennungsrechnung geben. Diese Trennungsrechnung wird aller Wahrscheinlichkeit nach – da müssen wir noch Verfahrensweisen finden – jährlich von einem Wirtschaftsprüfer extern überprüft werden und verhindern, dass dort in irgendeiner Form intransparente Aktionen stattfinden.

Ich will noch eine weitere grundsätzliche Anmerkung machen. Es stimmt, nach vielen schwierigen Jahren haben wir in Berlin zurzeit eine günstige Situation. Aus dieser günstigen Situation versuche ich als Finanzsenator, versucht der Senat in seiner Gesamtheit und im Übrigen auch das Abgeordnetenhaus – das galt für die letzte Koalition, und das gilt auch für diese Koalition, für diese Koalition im Abgeordnetenhaus vielleicht sogar noch ein bisschen mehr –, aus dieser günstigeren Lage heraus durchaus die Investitionsspielräume zu nutzen. Das darf aber nicht dazu veranlassen, davon auszugehen, dass die gegenwärtige Lage auf immer währt. Die Schulbauoffensive, die ein Programm für zehn Jahre ist, muss sich auch in Zeiten bewähren, die vielleicht nicht ganz so gut sind wie die aktuelle, und sie muss dann noch umsetzbar sein. Berlin hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt ca. 58 Milliarden Euro Schulden. Das ist deutlich weniger als in der Vergangenheit. Wir zahlen dafür jedes Jahr etwa 1,3 Milliarden Euro Zinsen. Ich würde gern diese 1,3 Milliarden Euro nicht zahlen, dann hätten wir mehr Spielräume an anderer Stelle. Auf dem Zinsstock liegen wir damit bei 2,1 Prozent, 2,2 Prozent Zinsen. Wenn die Zinsen nur auf das Niveau zurückwandern, das wir unmittelbar vor der großen Finanzkrise hatten, also etwa 4,2 Prozent, dann würde das bedeuten, dass wir die doppelte Zinslast auf dem Haushalt hätten. Es wären nicht 1,3 Milliarden Euro, sondern 2,6 Milliarden Euro jedes Jahr zu bezahlen. Deswegen ist es wichtig, ein Projekt, das auf eine lange Zeit ausgelegt ist, so aufzulegen, dass es auch in Zeiten umsetzbar ist,

in denen die Situation vielleicht nicht ganz so ist, wie sie jetzt ist. Dass wir die Spielräume nutzen, die es gibt, sehen Sie auch daran, dass auf meinen Vorschlag hin der Senat gestern beschlossen hat, im Rahmen des Nachtragshaushalts, der in den nächsten Wochen dem Parlament zur Beratung vorliegt, eine Eigenkapitalverstärkung der HOWOGE von 300 Millionen Euro vorzunehmen. Diese 300 Millionen Euro tragen dazu bei, dass möglichst gute Kreditkonditionen erreicht werden können und natürlich auch, dass weniger Kredite aufgenommen werden. Das heißt, die Möglichkeiten, die wir haben, nutzen wir. Wir brauchen aber ein Vorhaben, das nicht abgebrochen werden muss, wenn Zinsen irgendwann einmal steigen.

Dann ist viel über Kostensteigerungen geredet worden. Es ist in Zeitungsartikeln ein bisschen der Eindruck erweckt worden, dass Kostensteigerungen etwas mit dem Thema HOWOGE zu tun hätten. Das ist nicht der Fall. Ich will nur die Stichworte nennen. Ich will aber auch darauf verweisen, dass es nie, zumindest von mir nicht, gesagt worden ist, dass das Einschalten der HOWOGE dazu dient, dass es billiger wird. Ich habe sehr wohl gesagt, dass es schneller wird, ich habe sehr wohl gesagt, dass wir dadurch die Kapazitäten erweitern, und ich habe sehr wohl auch gesagt, dass wir dadurch die Chancen bekommen, das Projekt in einer Robustheit aufzusetzen, die wir anderswo nicht schaffen, und das Thema, dass dabei zusätzliche Baukapazitäten dargestellt und auch realisiert werden mit einem Bauvolumen von 150 Millionen Euro pro Jahr, ist bereits deutlich geworden.

Wir haben Kostensteigerungen durch drei Themen. Das eine ist, der Scan, über den man viel sagen kann, hat einige Baugruppen umfasst, aber eben nicht alle. Wenn man sorgfältigere Planungen macht, umfasst man alle Kostengruppen. Als Zweites ist es so, dass gerade durch die Bildungspolitiker eine Diskussion kam, die zu mehr Flächen führt. Wenn man in der Größenordnung von 15 Prozent mehr Flächen haben will, weil man neue Schulkonzepte in Neubauten umsetzen will, kann man nicht gleichzeitig sagen: Oh, wenn das etwas kostet, ist das etwas, woran irgendwelche Dunkelmänner im Senat schuld sind –, sondern wir werden das Thema der Flächenerweiterung – deswegen finde ich auch, dass man das sehr sorgfältig abwägen muss – nicht ohne Mehrkosten bekommen.

Das dritte Thema ist der Baukostenindex. Wenn der Baukostenindex, wo Herr Waßmuth mit Recht darauf hingewiesen hat, dass der öffentlich erhältlich ist, in der Größenordnung von 7 Prozent liegt, bedeutet das über eine Programmlaufzeit von zehn Jahren, wenn er jedes Jahr bei 7 Prozent bliebe, natürlich eine gravierende Auswirkung auf die Kosten. Auch dieses bejuble ich hier nicht, aber dieses hat auch nichts mit Dunkelmännern im Hintergrund zu tun, sondern das hat sehr wohl damit zu tun, dass es transparent ist. Deswegen werden wir alles mit Ausschreibungsverfahren machen und versuchen, möglichst gute Ausschreibungsergebnisse zu erzielen.

Letztes Thema von mir: Wir sind mit der Schulbauoffensive insgesamt ganz gut gestartet. Ich habe versucht, die Ausgangssituation zu beschreiben. In der Situation haben wir eigentlich das, auch ungefähr im Zeitrahmen, was wir uns vorgenommen haben, als die Koalitionsverhandlungen stattgefunden haben, in denen übrigens in großer Stadtöffentlichkeit über dieses Thema diskutiert worden ist, was wir hier jetzt beraten – – Ich habe damals gesagt und bin auch in Pressekonferenzen danach gefragt worden: Wir werden etwa zwei Jahre brauchen, um die neuen Strukturen hinzustellen. In der Zwischenzeit bin ich von vielen kritisiert worden, dass das alles hätte schneller gehen sollen; auch alle Verträge hätten schneller sein können. Auch heute in Ihren Redebeiträgen hat die eine Hälfte gesagt, die Verträge hätten schneller da

sein müssen, und die andere Hälfte: Legt sie bitte erst später vor. – Wir sind ungefähr im Zeitplan. Wir brauchen zwei Jahre, um uns diese neuen Strukturen zu geben, aber wir sind jetzt relativ weit, und es ist so: Die bestehenden Strukturen haben wir deutlich ausgebaut, und mit den neuen Strukturen und den bestehenden Strukturen, bin ich der Auffassung, werden wir dieses tatsächlich große Projekt erfolgreich stemmen können. – Danke!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Auch Ihnen ein Dankeschön, Herr Senator! – Nun kommen wir in die gemeinsame Aussprache, und, wie bereits erwähnt, machen wir das in der Reihenfolge nach Stärke der Fraktionen und fangen mit der SPD an. Für die SPD hat Herr Schneider das Wort. – Bitte schön!

Torsten Schneider (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich begrüße die Initiatoren, die Unterstützer dieser Initiative im Namen der SPD-Fraktion ausdrücklich. Ich will auch zum Ausdruck bringen, dass Sie hohe Wertschätzung von uns erfahren für Ihre kraftvolle Tätigkeit und dass wir das als Beleg einstufen, dass die plebisitären Elemente unserer Demokratie funktionieren. Wir haben auch das Raumproblem diskutiert, was am Anfang ein bisschen eine Rolle gespielt hat. Nach unserer Kenntnis haben wir Kapazitäten von 199 Raumstuhlplätzen im Abgeordnetenhaus, und deswegen halten wir das für ausreichend. Ich habe gerade noch einmal abgefragt: Es sind auch nicht mehr als 170 Personen im Abgeordnetenhaus. – So jedenfalls die Auskunft aus dem Haus. Ein großes Dankeschön, dass Sie einen wesentlichen und wertvollen Beitrag für die Politikgestaltung leisten.

Ich unterstütze das, was der Finanzsenator gesagt hat. Wir reden hier über das größte Infrastrukturprojekt der kommenden zwei Legislaturperioden, und das nimmt auch die Koalition für sich in Anspruch, und ich glaube, sagen zu dürfen, auch die eine oder andere Oppositionsfraktion, denn wir sind in der Analyse einig, dass die Schulsanierung erforderlich war. Wir wissen und das verstehen wir auch nicht, dass so, wie andere öffentliche Gebäude, andere öffentliche Infrastruktur auch die Schulen auf strategischen Verschleiß ausgesteuert waren. Wir haben in den Jahren der für Politiker, sicherlich auch vor unserer Generation, nicht einfachen Sparnotwendigkeit und Sparzwänge auch an dieser Stelle in der Stadt gespart, und Sie können versichert sein – das habe ich zwar persönlich nicht miterlebt –, dass es keinem Politiker Spaß gemacht hat, statt zu gestalten zu verwalten und sich darauf beschränken zu lassen.

Ich will aber gleichzeitig hinzufügen, bevor ich meine wesentlichen Fragen stelle, dass ich es unziemlich finde, wenn Sie eine wesentliche und eine wichtige Sachdebatte personalisieren, wie es hier gehört worden ist, mit persönlichen Attacken, weil Sie damit Ihr sachliches Anliegen diskreditieren. Ich bitte, darüber nachzudenken, mal in sich zu gehen und will es damit bewenden lassen. Ich nehme für mich höchstpersönlich, und ich bin mir sicher, für den gesamten Hauptausschuss, in Anspruch, dass wir großen Wert auf einen bundesweit einmaligen Ruf als Kontrollorgan der Exekutive legen, und da brauchen wir keine Belehrungen.

Ich will noch einen Satz vorwegschicken, bevor zwei Fragen kommen, zu denen ich eine klare Antwort von den Anzuhörenden erwarte. Die Partizipation unseres Schulgesetzes beschränkt sich auf einen einzigen – ich betone das: einen einzigen – Vorgang, nämlich auf § 76 Abs. 3 Nr. 4, auf das Anhörungsrecht der Schulkonferenz bei größeren Sanierungsmaßnahmen. Sie finden an keiner anderen Stelle in diesem gesamten Gesetz irgendwelche partizipativen Elementen zu diesem Sachkomplex. Ich gehe fest davon aus, so ist jedenfalls die Verabre-

dung in der Koalition, dass wir über dieses Anhörungsrecht weit hinausgehend partizipative Elemente erleben werden, sodass ich diesen Vorwurf nicht nachvollziehen kann.

Ich komme zu meinen Fragen: Wir haben in Berlin einen kommunalen Wohnungsbestand von 320 000 Wohnungen und die politische Verabredung, das auf 400 000 Wohnungen auszudehnen. In diesen kommunalen Wohnungen leben über 1 Million Menschen, Berlinerinnen und Berliner. Landauf, landab – ich kenne keine politische Kraft in diesem Bundesland, die das anders einschätzt – wird dieser kommunale Wohnungsbestand als erstrebens- und erhaltenswert und vor allem scharf abgegrenzt vom privaten Wohnungsbestand – da gibt es einige Namen, die ich meiner geübten Praxis entsprechend nicht zitiere –: Das sind die Guten, und das da drüben sind die Privaten, die Bösen. Es gibt also ein Bestreben, im kommunalen Wohnungsbestand zu leben, und deshalb schließe ich meine Frage an. Wie kommen Sie auf die Idee, die HOWOGE hinsichtlich Ihres Anliegens als privates Teufelszeug darzustellen, wenn zugleich über 1 Million Menschen in diesem kommunalen Wohnungsbestand leben wollen? Diesen Widerspruch bitte ich hier, substanzial aufzulösen.

Zweite Frage: Ich möchte wissen, mit welchem Zeithorizont Sie rechnen für Ihre avisierte breite Debatte mit den Lehrern – ich zitiere –, Erziehern, Schülern, Eltern usw. hinsichtlich Ihres mir gerade vor einer Stunde auf den Tisch gelegten 100 Seiten umfassenden, sehr spezifischen komplexen Fragenkatalogs? Wie taxieren Sie die zeitliche Verzögerung dieses Diskussionsprozesses hinsichtlich der erstrebten Sanierung und des Neubaus der Schulen in Jahren? – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Vielen Dank! Auch für die Abgeordneten gilt die 5-Minuten-Redezeit-Regelung. Vielen Dank! – [Torsten Schneider (SPD): Habe ich die überschritten?] – Sie haben Sie nicht überschritten. Das sollte ein Kompliment sein. – [Torsten Schneider (SPD): Das bin ich nicht gewohnt, Frau Vorsitzende!] – Dann kommen Sie in unseren Ausschuss. Wir werden sicherlich noch eine Stunde hier sein; insofern ist die Anzahl der Stehenden sehr übersichtlich. Wir haben hier noch freie Stühle. Ich bitte Sie, sehr leise nach vorn zu kommen. Holen Sie sich die Stühle nach hinten, und setzen Sie sich. Dann ist es viel angenehmer, der Sitzung zu folgen. – Nun ist in der Reihenfolge die Fraktion der CDU dran, und dafür spricht Herr Czaja. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Mario Czaja (CDU): Liebe Frau Vorsitzende! – Lieber Kollege Schneider! Dieser Hinweis mit den fünf Minuten galt mir. Er war bei dir höflich formuliert, aber er galt, glaube ich, mir. Insofern ist die Botschaft wohl verstanden.

Das Erste ist: Auch wir möchten uns bei Ihnen herzlich bedanken, dass Sie die Kraft haben, dieses doch sehr komplizierte und umfängliche Thema so intensiv im politischen Raum zu diskutieren. Es ist keine normale Anhörung, die heute stattfindet, die von Abgeordneten erwirkt ist und wo zwei, drei, vier Experten reden, sondern es ist eine Anhörung, die von 28 000 Berlinerinnen und Berlinern erwirkt wurde und denen gilt der Dank dafür. Es ist schon bedeutend, dass es nicht möglich war, dieses Thema auf andere Art und Weise als auf diese in dieses Parlament zu tragen. – [Steffen Zillich (LINKE): Das hätten Sie tun können!] – Das ist bezeichnend für diese Koalition. – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Das haben wir an unterschiedlichen Stellen getan. Sie wissen, dass wir es beantragt haben, dass dieses Thema intensiv debattiert wurde, und Sie wissen, dass dies bislang in den in den entsprechenden Ausschüssen nicht passiert ist. – [Zurufe] –

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ich bitte um Ruhe! Jetzt hat Herr Czaja das Wort. Bitte hören Sie zu!

Mario Czaja (CDU): Das Zweite: Es wird ein Widerspruch suggeriert zwischen der Initiative auf der einen Seite und denen, die für einen schnellen Schulbau sind. Dieser Widerspruch besteht nicht, denn all das, was wir jetzt erleben, ist das Schaffen eines Flaschenhalses, durch den hindurch alle Schulneubaumaßnahmen kommen müssen. Auf meine letzte Schriftliche Anfrage hat der Senat geantwortet, dass von der Schulneubaumaßnahme, die von dieser Koalition beschlossen wurde, nämlich die Berliner Schulbauoffensive II, die erste Schule im Jahr 2023 fertiggestellt werden wird. Es wird also deutlich, dass aus den Schulbauoffensiven, die in dieser Koalition begonnen wurden – die von Herrn Kollatz genannt werden, sind all aus der Schulbauoffensive I und weit vor dem Jahr 2016 begonnen –, keine Schule in dieser Legislaturperiode fertiggestellt wird.

Das Dritte: Wir hatten in einer Anhörung im Ausschuss für Bildung eine sehr deutliche Besprechung mit dem Berliner Handwerk, der Architektenkammer und der Baukammer. Sind diejenigen, die am Ende diese Schulen bauen – und das sind nicht wir Abgeordneten, das ist auch nicht der Senat, sondern es sind Bauunternehmen, Architekten, Ingenieure –, in der Lage, dieses Volumen, das auf den Markt gegeben wird, in der Zeit abzuarbeiten? Das ist ein wichtiges Thema, das der Finanzsenator gerade angesprochen hat. Er hat gesagt, 60 Millionen Euro an baulicher Unterhaltung haben alle Berliner Bezirke im Jahr 2016 geschafft. Wir wollen auf 120 Millionen Euro, und er sagt, wir müssen das eigentlich sogar noch verdoppeln. Wenn man sich die Finanzplanung des Landes anschaut, und man kann auch in das Papier der Volksinitiative schauen, dann wird deutlich, dass im Jahr 2018 schon ein Ausgabevolumen von 500 Millionen Euro geplant war. Dies wird aber nicht erreicht, weil die Maßnahmen in die Länge gezogen sind, und weil die Baumaßnahmen viel länger brauchen. Es ist gar kein Vorwurf, dass es so ist. Das war bei unterschiedlichen Maßnahmen von unterschiedlichen Regierungen so. Aber die Frage ist: Verstärke ich das Problem durch die jetzige Bündelung der Neubaumaßnahmen bei der HOWOGE oder nicht? Unserer Einschätzung nach aus der Anhörung im Bildungsausschuss ist sehr deutlich, dass zu einer Entbürokratisierung des Verfahrens, zu einer Stärkung der Bezirke durch mehr parallele Baumaßnahmen mehr erreicht worden wäre durch Sprinterpakete für Handwerker und Sprinterpakete für Mitarbeiter in den Verwaltungen als jetzt mit dem Bottleneck der HOWOGE, weil erkennbar ist, dass das Personal, das dafür zuständig ist, auch für die Sanierung in den Bezirken, jetzt abgezogen wird zu dem privatwirtschaftlich organisierten Unternehmungen, die natürlich anders bezahlen können, gar keine Frage, andere Arbeitsverträge machen, aber damit das Problem der Sanierung, und das ist ein noch viel größeres als das des Neubaus, nicht gelöst wird und in fünf, sechs Jahren noch das Problem der Sanierung der Plattenbauten östlich des Brandenburger Tores dazu kommt, die derzeitig, und das wissen alle Beteiligten, nicht in der Planung berücksichtigt sind, sondern nachträglich noch hinzukommen müssen.

Ein weiterer Punkt ist, dass Sie die Einbindung der Berliner Architekten- und Baukammer umgehen, weshalb wir der Auffassung sind, dass ein Normenkontrollverfahren notwendig ist, ob überhaupt dieses Volumen der Ausschreibung Rechtsgültigkeit haben kann.

Ein letzter Punkt ist, und das ist auch der Punkt, wo ich zu den Fragen komme, dass Sie die Preise enorm in die Höhe treiben. Wenn Sie die Schriftlichen Anfragen von mir im Einzelnen

durcharbeiten und Sie wissen, Herr Waßmuth und ich haben über einige Dinge gesprochen, dass die die Quadratmeterpreise der Investitionen enorm steigen und Sie auf diese Zahlen überhaupt gar nicht mehr achtgeben, sondern es am Ende über Miete, Zins und Zinseszins in die Landeskosten zurückholen. Diesen Fehler, der mit der DEGEWO und anderen gemacht wurde, sollten wir nicht wiederholen, sondern wir sollten darauf achten, dass die Schulbauten in den Bezirken stattfinden und dass nicht dieses Volumen an die HOWOGE geht. Und dass die Geschäftsführerin der HOWOGE vor hat, in die freie Wirtschaft zu wechseln, aus der städtischen Wohnungsbaugesellschaft rechtzeitig entflieht, bevor die erste dieser Schule den ersten Spatenstich hat, ist auch ein bezeichnendes Bild dieser Koalition.

Ich bitte deswegen die Volksinitiative, heute noch einmal deutlich zu machen, zu welchen Kostensteigerungen wir durch dieses Bottleneck kommen, Herr Waßmuth, die Zahlen noch einmal darzulegen, warum üblicherweise eine Schule 2 000 bis 3 000 Euro pro Quadratmeter kostet und hier 6 000 bis 7 000 Euro, ohne die gestern veröffentlichten Preissteigerungen – die sind da noch gar nicht drin, und die Preissteigerungen der Jahre der Bauten sind auch nicht drin – und deutlich zu machen, welche Meinung dazu Baukammer und Architektenkammer haben, die wir zwingend brauchen, um in dieses Verfahren zu gehen und nicht, um diese Institution zu umgehen. Das tun Sie derzeit. Sie haben enorme Kritik von denen, die am Ende diese Schulen errichten werden, von all den Verantwortlichen. Ich glaube, dass wir gut daran tun, auf diese Berufsgruppen zu hören und nicht allein am grünen Tisch zu erwarten, dass damit diese Investitionen gestemmt werden. – Frau Vorsitzende! Ich habe versucht, mich an die fünf Minuten zu halten.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Das ist Ihnen leider nicht gelungen, Herr Czaja. Aber die Fragen müssen ja gestellt werden. – [Torsten Schneider (SPD): Ich habe gar keine Frage gehört!] – Herr Schneider! Mein Kompliment darf Ihnen aber jetzt nicht zu Kopf steigen. – Wir machen weiter mit der Fraktion Die Linke, und hier hat sich Herr Zillich gemeldet. – Bitte schön!

Steffen Zillich (LINKE): Als wir uns wie andere Parteien auch vor den Wahlen, die für diese Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses gesorgt haben, der Frage gewidmet haben: Wie können wir ein Dauerärger in den Berliner Schulen, nämlich den baulichen Zustand widmen, der katastrophal ist und riesige Investitionen erfordert, wie können wir uns verlässlich diesem Problem widmen, in dem Wissen, wie groß das Problem ist, in dem Wissen, dass die Ursachen in einer strukturellen Unterfinanzierung liegen, einer Haushaltsnotlage und vielem anderen mehr? Wie können wir uns gleichzeitig der Situation widmen, dass wir einen drastisch steigenden Schulplatzbedarf haben? Es war uns klar, dass eines jedenfalls nicht geht, nämlich, dass man diesen Bedarf, wenn man dieses Thema angeht und sagt: Wir wollen das jetzt machen – und einfach auf die bestehenden Strukturen aufsetzt und sagt: Liebe Bezirke! Ihr habt hier einen Bedarf. Jetzt mal los! Wir verdoppeln, wir verdreifachen, wir vervierfachen das, was ihr zu verbauen habt, und jetzt macht mal. – Uns war auch klar, dass ein Versprechen, einen solchen Sanierungsauftrag für die Berliner Schulen und eine neue Schulplatzkapazität, die zu schaffen ist, verlässlich zu finanzieren, niemals politisch durchsetzbar ist, wenn man nicht im Kopf hat, dass die Situation der Berliner Schulen nicht nur für die Berliner Schulen gilt, sondern dass ein ähnlicher Investitionsbedarf an ganz vielen Stellen in der Infrastruktur gilt. Bei Brücken, bei Krankenhäusern, an vielen Stellen ist ein riesenhafter Sanierungsstau. Dass das mit den vorhandenen Haushaltssmitteln in einem solchen Umfang nicht wird zu erledigen sein, lag für uns damals auf der Hand. Auch damals war schon klar, dass

wir eine Rechtssituation haben, die Schuldenbremse heißt. Deswegen war klar, dass wir uns darum kümmern müssen, wie wir die Planungskapazitäten, die Baukapazitäten und die öffentlichen Finanzierungskapazitäten, so aufstellen müssen, dass ein solches Versprechen nicht nur Versprechen ist, sondern überhaupt die Chance auf Umsetzung hat. Deswegen findet bei dem, was wir hier tun und was umgesetzt wird, Folgendes statt: nicht eine Zentralisierung, sondern eine Diversifizierung auf verschiedene Planungskapazitäten und Baukapazitäten. Die Ebenen sind alle am Start. Das Land ist am Start, die Bezirke sind weiterhin am Start mit drastisch steigendem Kapazitätsumfang gegenüber dem, was sie bisher zu bewältigen hatten. Die BIM ist am Start, und auch die HOWOGE als zusätzliche Kapazität ist am Start, also verschiedene öffentliche Institutionen, deren Kapazitäten wir nutzen, um genau dieses hinzubekommen.

Und ja, eine solche Offensive hat immer noch ganz viele Umsetzungsprobleme, und ja, auch mir geht es an vielen Punkten viel zu langsam. An diesem Punkt muss ich sagen: Verehrter Herr Senator! Auch wenn Sie sagen, Sie haben schon prognostiziert, dass es einen solchen Vorlauf von zwei Jahren braucht, ist meine Kritik an dem Rahmenvertrag nicht, dass er erst vor der Anhörung vorliegt, sondern dass er nicht weit vorher vorgelegen hat, sodass wir länger Zeit gehabt hätten, uns damit zu befassen und auch früher in die Umsetzung hätten gehen können.

Vieles gibt es zu diskutieren: die Frage, was wir bauen wollen, nach welchen Standards wir bauen wollen, welche Hindernisse es dabei gibt, wie wir Transparenz erzielen wollen. Ich verstehe, dass sich, wenn eine solche Konstruktion gewählt wird, eine Privatisierungsfrage stellt. Aber ich finde, und das sage ich ganz deutlich: Eine Privatisierungsdebatte ist fehlgeleitet und deutlich überzogen, wenn wir für alle sichtbar eine Konstruktion haben, in der es kein einziges privatwirtschaftliches Gewinninteresse gibt, keinen einzigen privatwirtschaftlichen Akteur, sondern wo das Ganze im öffentlichen Bereich stattfindet. Das, was hier an Idee dahintersteht – Es gibt die Idee: Irgendwie soll Geld bei der HOWOGE gebunkert werden, das ist der Zweck der ganzen Konstruktion, offensichtlich. – Dann fragt man sich: Warum? Wer soll einen solchen Zweck verfolgen? – Nein, es ist die Mobilisierung öffentlicher Institutionen. Es ist die Mobilisierung öffentlicher Unternehmen, um eine öffentliche Aufgabe zu finanzieren, weil es notwendig ist, um diese Aufgabe in diesem Umfang stemmen zu können. Natürlich ist es uns wichtig, dass dabei geklärt wird, dass wir hier nicht nach unterschiedlichen Standards vorgehen. Deswegen ist klar: Die pädagogischen, die baulichen, die verfahrensmäßigen Standards sind bei all diesen vier Bauträgern, die wir benannt haben, gleich, identisch. Natürlich ist es uns wichtig, dass wir auch für Transparenz an dieser Stelle sorgen.

Wir haben uns auf einen breiten Rahmen von haushaltsmäßigen Begleitregimen verständigt. Uns wird regelmäßig schulkonkret berichtet, wie der Stand ist, wie die Kosten sind, wer umsetzt, woran es hakt, wie die Zeitpläne sind usw. Das ist im Übrigen das Lustige an diesen Schaubildern: Das ganz einfache ist das, wo gar keine Partizipation vorgesehen wird. Hier wird es jetzt schwierig, weil ganz unterschiedliche Partizipationsgeschichten mit Pfeilen hineingebaut werden. Insofern ist das Interesse, das dahintersteht, klar. Das muss man nicht weiter besprechen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Zillich! Ich würde Sie bitten, zu Ihren Fragen zu kommen, denn Sie sind auch schon weit über die fünf Minuten hinaus. Vielleicht haben Sie doch noch ein paar Fragen, die Sie schnell loswerden möchten.

Steffen Zillich (LINKE): Ich hätte tatsächlich eine Frage. Die Kostensteigerungen sind dargestellt worden. Aber vielleicht können Sie noch mal genau darstellen, welche dieser Kostensteigerungen, die Sie eingerechnet haben, jetzt HOWOGE-induziert sind und welche andere Gründe haben. Das haben Sie ja nicht differenziert.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Für die Fraktion der Grünen hat Frau Remlinger das Wort. – Bitte schön, Frau Remlinger!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Liebe Anzuhörende! Liebe Gäste! Ich möchte mich auch im Namen meiner Fraktion ganz herzlich für Ihr Hiersein und für Ihr Engagement bedanken. Als jemand, die auch schon seit zwölf Jahren für guten Schulbau kämpft, weiß ich, dass dieses Regierungsvorhaben, auf das wir alle stolz sind und wild entschlossen, das auch hinzukriegen – und wo ich auch weiß, dass gerade alle meine bildungspolitischen Kolleginnen und Kollegen stolz darauf sind, welche Qualitätsverbesserungen wir für den Neubau und die Sanierungen erreicht haben und dass wir uns erstmals gerade für die Sanierungen vorgenommen haben, nicht mehr Flickschusterei zu betreiben, sondern Gebäude gründlich durchzusaniieren und auf einen möglichst neuen Standard zu bringen –, nicht möglich gewesen wäre ohne das Bürgerengagement, ohne die vielen Eltern, die sich teilweise über Jahre unglaublich engagiert haben. Deshalb möchte ich mich ganz ernsthaft bei Ihnen bedanken. Ich habe die Hoffnung, es in fünf Minuten zu schaffen, auch weil wir uns in der Vergangenheit schon mehrfach getroffen und mehrfach diskutiert haben. Ich habe es immer geschätzt. Ich kann Leidenschaft verstehen, auch bei mir ist das ganze Herz in der Materie. Wir sind nicht einig auseinandergegangen, aber vereinzelt haben Sie mir signalisiert, dass Sie mir zumindest glauben, dass wir uns nach bestem Wissen und Gewissen tiefgründig mit der Materie auseinandersetzen. Ich denke, das ist, wenn man unterschiedlicher Meinung ist, eine gute Art auseinanderzugehen.

Ich habe ein paar Dinge bei Ihnen trotz unserer mehrfachen Gespräche immer noch nicht verstanden und kann da an die Kollegen anschließen. Ich verstehe nicht, wo Sie beim Privatisierungsaspekt den Unterschied sehen, wenn die HOWOGE zu 100 Prozent dem Land gehört und keine Vermögens- und Veräußerungsentscheidungen treffen kann ohne das Land Berlin, das Land Berlin aber auch in den bestehenden Strukturen durch parlamentarischen Beschluss Schulen veräußern konnte und es in der Vergangenheit auch getan hat. Ich glaube, das ist das Wesen der Demokratie, und es ist das Wesen des Haushaltsgesetzgebers, dass er solche Vermögensentscheidungen demokratisch politisch trifft. Ich habe nicht verstanden, wo Sie da den Unterschied und die Privatisierung sehen.

Ich habe zu Ihrer Struktur, die Sie an die Wand geworfen haben, nach wie vor ernsthaft die Frage, ob und wie Sie sich damit auseinandersetzt haben und wie Sie erklären, dass in den angeblich so übersichtlichen bisherigen Strukturen allein die Planungsverläufe nicht unter neun Jahre betrogen, und wie Ihr Vorschlag aussehen würde, innerhalb der bestehenden Strukturen – ich sage dazu, die Gründe waren nicht nur das Geld und der Personalmangel – den Dschungel der verschiedenen Behörden, die damit befasst waren, so zu entwirren, dass Sie die neun Jahren substanzial drücken würden.

Ich habe Ihre Aussage nicht verstanden, die Sie in den Raum stellen, dass mit einer abgelaufenen Abschreibung die Gebäude am Ende wären. Es ist ein völlig normaler Abschreibungsmechanismus, dass man nicht ewig abschreiben kann, aber deshalb ist noch keine Maschine im Land Deutschland sofort außer Funktion gegangen oder ein Gebäude sofort zusammengebrochen. Ich nehme für mich und meine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen durchaus Nachhaltigkeitsaspekte in Anspruch und möchte auch noch mal in den Raum stellen: Ich habe nicht verstanden, wie Sie, obwohl Sie den Rahmenvertrag gelesen haben, obwohl wir mehrfach diskutiert und auch vorherige Vorlagen gelesen haben, sagen können, die HOWOGE würde weniger ökologisch bauen. Das sucht sie sich nicht selber aus, das ist eine Vorgabe, die das Land Berlin macht, wenn es die HOWOGE beauftragt, und wir werden deutschlandweit nach den revolutionärsten, besten Ökostandards bauen sowohl bei der HOWOGE als auch bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Das Gegenteil müssten Sie belegen. Bitte erklären Sie mir, wie Sie zu dieser Aussage kommen. – Das wären meine hauptsächlichen Fragen im Moment. Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Nun kommen wir zur AfD-Fraktion, und hier hat Frau Dr. Brinker das Wort.

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Volksinitiative für die vielen Anregungen und auch die wirklich ausführlichen Ausarbeitungen, die wir zwar leider erst heute bekommen haben, nichtsdestotrotz sind ja viele Themen, die dort angesprochen worden sind, extrem wichtig aus unserer Sicht.

Ganz am Anfang möchte ich kurz auch dem Kollegen Zillich zustimmen. Dass der Rahmenvertrag erst seit gestern übers Internet abrufbar ist, ist tatsächlich deutlich zu kurz, und das kann nicht sein, insbesondere auch unter der Maßgabe, dass die Bezirke, die Verantwortlichen in den Bezirken schon im Vorfeld aufgefordert waren, nicht dem Rahmenvertrag zuzustimmen, aber zumindest ihre grobe Zustimmung zu dem Prozedere zu geben, und das ist natürlich nicht wirklich sinnvoll und nicht machbar. Diese Kritik muss sich der Senat auch ankreiden lassen. Insofern: Das geht tatsächlich nicht, das ist auch eine Frage von Transparenz, die hier im Raum steht und die hier offensichtlich nicht so gut funktioniert, wie sich auch Rot-Rot-Grün das auf die Fahnen geschrieben hat.

Ich möchte der Reihenfolge nach kurz einige Nachfragen auch an die Volksinitiative stellen. Frau Härlin hat so wunderbar am Anfang ausgeführt, dass das Ganze ein Faustpfand der Banken sein wird. Ich muss gestehen, wir sehen das durchaus ähnlich aus folgendem Grund: Es wird zwar in einer Veröffentlichung auch auf der Homepage der Senatsfinanzverwaltung beschrieben, dass die Finanzierung ausschließlich über öffentliche Banken laufen soll, aber wir wissen ja auch, dass öffentliche Banken nicht zwingend so sicher dastehen. Vor allen Dingen

stellt sich auch die Frage – die Finanzierung ist ja das eine –: Aber was wird denn sein, wenn rein theoretisch bei einer öffentlichen Bank solche Schulden oder Kredite verbrieft und zusammengestellt und an irgendjemanden verkauft und veräußert werden? Was passiert denn dann? Da bitte ich doch auch mal die Senatsfinanzverwaltung, uns zu erläutern, wie man sich vor einer solchen Situation schützen will, und vor allen Dingen, welche Möglichkeiten wir als Parlamentarier und Abgeordnete haben, dann noch dort Einfluss zu nehmen? Also das halte ich für eine sehr gefährliche Situation. Wie gesagt, die jüngere Geschichte zeigt, dass auch öffentliche Banken durchaus, ich sage mal, Probleme bekommen können, und die hätten wir dann auch am Hals. Das ist die erste Frage.

Die nächste Frage richtet sich an Herrn Waßmuth. Sie hatten berichtet, dass 60 Büros quasi Gewehr bei Fuß stehen und in den Bezirken sofort loslegen könnten. Ich muss sagen, das überrascht mich, weil ich bisher immer anders informiert war. Bisher war die Maßgabe, dass die Bezirke es nicht schaffen, die Sanierungs- und Neubaumaßnahmen tatsächlich zu handeln, dass auch die Büros nicht da sind, mal abgesehen von den Mitarbeitern in den Bezirksamtern. Das war immer ein sehr wichtiger Grund, weshalb gesagt wurde: Wir müssen das jetzt alles bündeln. – Da bitte ich doch noch mal kurz um Darstellung. Wie ist denn da der tatsächliche Sachverhalt aus ihrer Sicht?

Dann zur Frage nach der Typisierung. Ich bin selber auch Architektin. Ich bin auch kein Fan von Typisierung, aber in mancherlei Hinsicht macht das schon Sinn. Insofern biete ich Ihnen an, dass wir gerne auch noch mal aus baufachlicher Sicht darüber sprechen können: Was ist hier wirklich sinnvoll und was nicht, um die Sache wirklich schnell über die Bühne zu bringen? Insbesondere die Zeitfrage spielt hier auch eine Rolle, und da bin ich schon der Auffassung, dass man das mit einer Typisierung deutlich schneller hinbekommen kann. Aber wenn Sie andere Informationen haben, die ich noch nicht habe, dann bin ich gerne gesprächsbereit, damit wir auch zu einer offenen Auseinandersetzung kommen.

Dann habe ich noch eine Frage. Ich weiß nicht, ob die Volksinitiative darauf eine Antwort weiß. Es klang bei einer der Vorstellungen an – oder, ich glaube, Herr Czaja hat das gesagt –, dass Mitarbeiter der Bezirksamter abgeworben werden, weil sie natürlich in der sogenannten freien Wirtschaft besser bezahlt werden. Ist das hier tatsächlich schon passiert? Ich habe auch die Frage an die HOWOGE: Sind tatsächlich Mitarbeiter aus den Verwaltungen abgeworben worden? Wie ist da der aktuelle Stand der Dinge? Passiert das tatsächlich, um diese Maßnahme durchzuziehen? Eine weitere Frage an die HOWOGE, sofern sie das hier in dem Rahmen beantworten kann: Wie ist der Sachstand zum Aufbau dieser Strukturen? Gibt es dort schon entsprechende Mitarbeiter usw.? Es gibt diesen Zeitplan, aber wir zweifeln auch stark an, dass sich das alles so, wie sich das jetzt darstellt, umsetzen lässt.

Ich habe noch eine weitere Frage an die Senatsfinanzverwaltung hinsichtlich der Finanzierung und der Zahlungssicherheit für die Bezirke. Es ist so angedacht, dass die Bezirke letztlich auch Zahlungssicherheit benötigen. Wie soll die denn über die 25 Jahre hergestellt werden? Ich gehe davon aus, dass die Verträge oder auch zum Beispiel die Kreditverträge möglicherweise dann Zehnjahresverträge sind. Wie soll das Ganze über 25 Jahre gestaltet werden, damit wir nicht am Ende ein großes Desaster à la DEGEWO erleben? Da bitte ich auch noch mal um eine kurze Erläuterung zu dieser Situation.

Die letzte Frage, Thema Kostenexplosion: Wir haben ja nun diesen großen Maßnahmenkatalog bekommen, den die Bezirke erstellt haben. Wir wissen jetzt, dass das alles nicht vollständig ist. Wie soll sichergestellt werden, dass die Kosten sich nicht so exorbitant à la BER 2030 erhöhen? Also hier steckt tatsächlich dieses Potenzial drin, dass wir hier eine unglaubliche Explosion erleben könnten. Was mich auch noch interessiert, ist –

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Dr. Brinker! Können Sie bitte zum Schluss kommen?

Dr. Kristin Brinker (AfD): Meine letzte Frage ist die Frage nach dem Controlling. Herr Kollege Zillich hat kurz erläutert, dass wir hier schulscharf die Unterlagen bekommen. Ich bin selbst Mitglied im Unterausschuss Beteiligungsmanagement und habe dort auch die landeseigenen Gesellschaften seit zwei Jahren vor der Nase, aber ich muss gestehen, dieses Controlling, wie wir es hier eigentlich benötigen, ist durch uns Parlamentarier in dieser Form nicht leistbar. Deswegen werden wir – das kündige ich hier schon mal an – einen entsprechenden Antrag stellen, dass der Landesrechnungshof speziell im Fall HOWOGE, wenn das alles so abgeschlossen und bestimmt wird, hier weitergehende tiefgreifende Prüfrechte erhalten muss, damit wir hier Unterstützung bekommen, denn das ist schlicht und einfach nicht zu leisten durch uns Parlamentarier. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wir machen weiter mit der FDP-Fraktion, und hier hat Herr Fresdorf das Wort. – Bitte schön.

Paul Fresdorf (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch mein Dank geht zuerst an die Volksinitiative. Vielen Dank für Ihre kritischen Worte und Ihre Beiträge, die Sie geleistet haben! Vielen Dank, dass Sie das alles ehrenamtlich bestreiten! Schade ist tatsächlich, dass wir dieses Papier erst heute auf den Tisch bekommen haben, denn wir wollten auch Ihren Ausführungen folgen und konnten jetzt die 99 Seiten nicht nebenbei abarbeiten, sodass wir sie zu späterer Stunde noch mal nachbearbeiten werden. Ich denke, eines können wir für uns alle hier in diesem Raum festhalten, und die eine Sorge kann ich Ihnen nehmen: Keiner in diesem Raum möchte eine Privatisierung von staatlichem Schulbesitz – und das sagt Ihnen ein Freier Demokrat. Das Ziel verfolgt hier keiner, diese Sorgen müssen Sie aus unserer Sicht nicht haben.

Was erleben wir im Land Berlin? – Wir erleben eine Schulbauoffensive, die von Tag zu Tag immer mehr in die Defensive gerät durch steigende Kosten, durch schlechtes Handwerk. Dass der Rahmvertrag gestern Abend hochgeladen wurde, ist wieder so ein Schuss ins eigene Knie. Das hätte man deutlich früher machen können. Ich denke auch, dass das Aufsetzen dieser ganzen Struktur, die sich Rot-Rot-Grün vorgenommen hat, nicht zwei Jahre dauern muss. Das hätte man zügiger bearbeiten können, denn unsere Schulen müssen schnell saniert und schnell neu gebaut werden. Wir haben keine Zeit mehr.

Damit komme ich zu einer meiner Fragen an Sie. Sie haben gesagt, wir sollen den Prozess jetzt noch ein bisschen aufschieben, Sie möchten da auch noch mal rechtsgutachterlich vorgehen und ein paar Sachen anschauen lassen, auch noch mehr Beteiligung in diesem Verfahren haben. Das würde natürlich das Verfahren noch mal aufschieben. Was schätzen Sie, wie viel Zeit würde ins Land gehen, um die diese Verfahren aufgeschoben werden würden?

Die zweite Frage, die sich mir und auch meiner Fraktion stellt, ist: Wir haben es von Finanzsenator Kollatz gehört, die Bezirke haben im Bereich Schulen 60 Millionen Euro verbaut. Er wünscht sich wesentlich mehr. Wir alle wünschen uns wesentlich mehr. Sie sagen, die Bezirke sollen doch bitte komplett dazu ertüchtigt werden. Welchen Zeitrahmen, schätzen Sie, brauchen die Bezirke, um so ertüchtigt zu sein, das Bauvolumen stemmen zu können? Welche konkreten Schritte schlagen Sie vor, um die Bezirke so zu ertüchtigen, dass sie personell so ausgestattet sind, diese Bauvorhaben selber stemmen zu können? – Hier sehe ich persönlich schwarz und sehe einen sehr, sehr großen Aufschub auf uns zukommen. Daher befürworten wir grundsätzlich eine zentrale Einrichtung, die als Synergie- und Kompetenzzentrum im Land Berlin die Schulen baut. Wir würden, obwohl wir Verfechter der Subsidiarität im Land Berlin sind, sagen: In dieser Ausnahmesituation brauchen wir ein Zentrum im Land Berlin, das allerdings aus unserer Sicht nicht bei der HOWOGE angesiedelt sein muss. Das hätten wir auch schon wesentlich früher aufgesetzt als beim Senat angesiedeltes Unternehmen, welches das dann löst. Also ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die Fragen beantworten würden.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Vielen Dank, Herr Fresdorf! – Als Fraktionsloser hat sich Herr Wild gemeldet. – Bitte schön, Herr Wild, Sie haben das Wort!

Andreas Wild (fraktionslos): Schönen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank an die Fachleute! Ich habe eine Frage an den Senat. Ich bin Schwabe, und ein Schwabe gibt normalerweise nur das aus, was er hat. Wenn ich also jetzt die Vorgabe habe vom Bund, dass wir keine neuen Schulden machen sollen, weil wir in der Vergangenheit viel mehr Geld ausgegeben haben, als wir hatten, dann hat das ja nachvollziehbare Gründe. Und wenn ich jetzt feststelle, mein Haushalt gibt es nicht hier, das, was wir am nötigsten brauchen, nämlich den Schulbau zu finanzieren, dann ist es doch unlauter, eine Möglichkeit der Finanzierung zu nutzen, die den Haushalt oder die Schulden künstlich aufbläht, nur dass sie halt im Haushalt nicht auftauchen, denn es ist eine zusätzliche Schuldenufnahme, die Sie machen, Herr Kollatz, indem Sie diese Finanzierung über die HOWOGE laufen lassen. Eine redliche Lösung wäre zu sagen: Ich habe soundso viel Geld im Haushalt, dann muss ich halt, wenn mir die Schüler wichtig sind, an anderer Stelle sparen. – Diese Gedanken haben Sie sich offenbar nicht gemacht, und das werfe ich Ihnen vor. – Schönen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Nun kommen wir zur Beantwortung der Fragen durch die Vertrauenspersonen. Ich glaube, jetzt können wir wirklich in alphabetischer Reihenfolge anfangen. – Frau Bofinger, Sie haben als Erste das Wort! Die Fragen können Sie unter sich aufteilen, sodass wir Verdopplungen in der Beantwortung vermeiden. – Bitte schön, Frau Bofinger! – Nein. Sie wollen wieder anders anfangen. Okay! – Frau Härlin, bitte schön!

Dorothea Härling (Vertrauensperson): Es sind ja sehr viele Fragen, aber sie konzentrieren sich eigentlich auf einiges Wenige, und ich möchte Folgendes sagen: Wir hatten schon mehrere Diskussionen mit Herrn Zillich und anderen Abgeordneten, und dann kam immer: Ist das Privatisierung oder nicht? Das ist nicht die entscheidende Frage. In unserem Papier haben wir dazu nochmals Stellung genommen. Wir sind der Meinung, dass die Übertragung der Eigentumsrechte an die HOWOGE eine Privatisierung ist, aber wir haben sehr viele Argumente gebracht, warum in diesen privatrechtlichen Strukturen der HOWOGE – und die bestreitet, glaube ich, niemand – bestimmte Dinge nicht laufen können. Deswegen möchte ich sie jetzt nicht auf die Definition festlegen.

Sie fragen immer wieder nach dem Zeitfaktor. Also: Das Geld war im Haushalt, wenn ich mich richtig erinnere. Herr Kollatz schüttelt den Kopf, aber nach unseren Studien war Geld im Haushalt, und das ist vorhanden, und das kann sofort verbaut werden in der öffentlichen Verwaltung. Meine Frage an Sie ist doch: Warum brauchen wir die HOWOGE, und warum machen Sie jetzt so einen Druck, dass Sie als rot-rote Koalition einen Tag vor dieser Diskussion mit einem Rahmenvertrag ankommen, auf den wir uns gar nicht einstellen können? Sie machen Druck, und ich frage: Warum kann die öffentliche Verwaltung nicht einfach loslegen, und kann diese Frage, inwieweit die HOWOGE notwendig ist, noch diskutiert werden? –, denn das ist der einzige Punkt, den wir in dieser Berliner Schulbauoffensive kritisieren.

Sie sagen immer: Die HOWOGE ist genauso transparent wie alles andere. Aber Sie kennen doch auch die Anfrage der Koalition, in der die Frage gestellt wird: Warum hat der Senat die Fragen 6 und 7 nicht beantwortet? Und da kommt die Antwort:

Bei abgefragten Angaben zum Finanzierungsspielraum der HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH ... handelt es sich um vertrauliche Unternehmensdaten. Dem trägt der Senat bei der Beantwortung von Schriftlichen Anfragen Rechnung.

Diese Antworten werden wir in Zukunft immer wieder hören. Frau Bofinger hat ausgeführt, dass jede GmbH nach dem GmbH-Gesetz der Wirtschaftlichkeit verantwortlich ist und nicht dem Gemeinwohl. Ich frage jetzt die Abgeordneten aus dem Schulausschuss, inwieweit sie da gar kein Problem sehen, dass pädagogische Argumente in Zukunft in dem Teil, der der HOWOGE zugeschoben wird, keine Priorität mehr haben. – So viel erst mal. Ich denke, die nachfolgenden Redner können noch mehr dazu sagen.

Aber ich möchte ich wirklich wissen: Warum haben Sie es heute so eilig? Ich möchte noch eine Sache sagen. Wir machen das alles freiberuflich – [Zuruf] –, ehrenamtlich, richtig, in unserer Freizeit, und dass wir dieses Papier zu heute überhaupt hinbekommen haben, das war ein großer Kraftakt. Ich möchte Sie einfach bitten, dass Sie sich die Zeit nehmen und dieses Papier jetzt ausreichend studieren. – Danke!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Haben Sie sich jetzt geeinigt? Ich überlasse das gern Ihnen, Hauptsache, die Fragen werden nicht doppelt beantwortet. Somit sparen wir Zeit. – Frau Bofinger, bitte schön!

Siegrun Bofinger (Vertrauensperson): Ich habe nur eine Rückfrage an Herrn Kollatz. Sie sind nicht darauf eingegangen, ob dieses Konstrukt mit der HOWOGE von Eurostat anerkannt wird. Sie haben ja sicherlich auch schon schlechtere Erfahrungen bei der Privatisierung der BVG-Tochter gemacht. Also da gab es auch bisher keine Anerkennung. Wie sehen Sie die Chancen in dem Fall?

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wir machen weiter mit Frau Weimar. – Herr Waßmuth, Sie wollen weitermachen? Bitte schön!

Carl Waßmuth (Vertrauensperson): Herzlichen Dank! – Sie haben uns viele Fragen gestellt, und das zeigt das große Interesse, es zeigt aber auch die große Unklarheit. Ich habe die Fragen hier auf meinem Tisch jetzt nicht mehr in der Reihenfolge, bitte das zu entschuldigen, versu-

che aber, sie vollständig zu beantworten bis auf die Fragen, die Frau Schermer und Frau Weimar noch beantworten werden. Eine Frage ging dahin: Herr Zillich sagte, privatwirtschaftliche Akteure wären da gar nicht enthalten. Das ist so nicht richtig. In dem Konstrukt gibt es die HOWOGE, die ein privatwirtschaftlicher Akteur ist, und die BIM GmbH ist ein privatwirtschaftlicher Akteur. Die sind zwar in Landeseigentum, aber sie sind privatwirtschaftliche Akteure. Diese privatwirtschaftlichen Akteure können jederzeit veräußert werden, sie können Genussscheine ausgeben, sie können ihre Erbbaurechte weiterverkaufen, sie können Untererbbaurechte ausgeben, sie können atypische stille Beteiligungen miteinbeziehen und haben ein Bündel an Finanzprodukten, die ihnen zur Verfügung stehen, wenn das Eigenkapital vielleicht mal einen privaten Zuschuss braucht, weil die Eurostat-Frage bei Herrn Kollatz so wie bei der BVG ausgeht.

Es gibt noch weitere privatwirtschaftliche Akteure, die definitiv nicht mehr in Landeseigentum sind. Das sind die Banken. Vielleicht sind das nur öffentliche Banken, aber das haben wir nicht garantiert und auch nicht, ob die das dauerhaft in ihren Papieren halten oder diesen Einredeverzicht weiterveräußern. Das ist alles handelbar, was da gemacht wird. In dem Moment, wo sie in die Erbbauverträge reinkommen, machen Sie das zu Finanzprodukten, die handelbar sind, und wenn Sie versuchen, diesen Handel in den Verträgen auszuschließen, werden Sie sich vermutlich – ich sage das mal umgangssprachlich – die Gräten brechen, denn man kann in so einem Vertrag nicht einfach das, was sein Kern ist, ausschließen. Das gilt auch für den Erbbauvertrag. Da können Sie nicht einfach alles, was das Erbbaurecht ausmacht, wieder aus dem Vertrag herausnehmen. Deswegen werden dort Anteile, die veräußerbar und handelbar sind, drinbleiben.

Sie werden auch private Wertgutachter haben. Das wollen Sie ganz explizit, das steht in Ihrem Papier drin. Sie werden vermutlich private Juristen hinzuziehen, um diese ganzen Verträge aufzusetzen, oder haben das schon gemacht. Es waren schon private Berater unterwegs – Ernst & Young sage ich nur, und Herr Bernward Kulle ist auch nicht bei dem Land Berlin angestellt. PricewaterhouseCoopers – das wissen wir noch nicht, sie kommen vielleicht noch. Es sind also jede Menge private Akteure da drin.

Damit komme ich zum nächsten Punkt. Welche Kosten sind explizit durch die HOWOGE indiziert, und welche haben andere Gründe? Da blättere ich jetzt mal kurz in der Stellungnahme.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Entschuldigung! Der Geräuschpegel auf meiner linken Seite ist so extrem, dass wir Schwierigkeiten haben zuzuhören. Ich bitte doch um Ruhe.

Carl Waßmuth (Vertrauensperson): So! Wir haben folgende Kosten, die nur durch die Beteiligung der HOWOGE und der BIM und jeder anderen GmbH, die Sie mit hineinnehmen, entstehen würden. Wir haben versucht, das überschlägig abzuschätzen, Sie finden das auf Seite 19 zusammengefasst. Da gibt es einmal die Kosten, die allein durch die Zinsmehrkosten, die weiterhin bestehen – – Ich finde es auch bemerkenswert, dass ein Finanzsenator sagt, es wird nicht billiger. Er meinte wahrscheinlich, nicht günstiger, das heißt, es wird teurer. Dazu wollen wir nach Landeshaushaltordnung gern eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, denn es ist nicht so einfach zu sagen, wir machen was, was teurer ist. Wir können nur Mehrkosten für einen Mehrwert bekommen. Diese Kreditkosten alleine werden etwa 40 bis 60 Millionen Eu-

ro betragen, die Bereitstellungskosten hatte ich schon mit 255 Millionen Euro geschätzt, wenn wir das nur fünf Jahre für ein Drittel des Kredits, also für 500 Millionen Euro in Anspruch nehmen bei einem maßvollen Zins für den Bereitstellungskredit von 2 Prozent. Da muss dann der ganze Zins bezahlt werden, nicht nur die Zinsdifferenz zum Land. Das müssen Sie wissen. Dann haben wir ein Riesenproblem durch den Verlust des effektiven Controllings und durch die Verzögerungen. Das kann man nicht wirklich schätzen, das überspringe ich an der Stelle. Sie werden ein Vertragscontrolling brauchen, das ist auch nicht viel, vielleicht 10 Millionen Euro, aber das sind 10 Millionen Euro von unseren Steuergeldern. Sie werden Berater- und Transaktionskosten haben. Das hat man bei der Bundesautobahngesellschaft schon gesehen. Die haben im ersten halben Jahr allein 15 Millionen Euro dafür verbraucht. Sie haben Steuerrisiken. Allein wenn diese wenigen Anteile, die umsatzsteuerpflichtig sein werden, die Umsatzsteuer bekommen, dann sind das fast 80 Millionen Euro, die Hälfte davon sehen wir nicht mehr wieder in Berlin.

Dann gibt es die Risiken der ökologischen, nachhaltigen Bauweise, für die es keinen Anreiz gibt innerhalb der HOWOGE, denn die kann das einfach durchreichen. Ganz kurz als Zwischenbemerkung – da kann ich auch die Frage von Frau Remlinger gleich beantworten –: Sie sagen, Sie werden einen revolutionären Standard bekommen. Na ja, BNB Silber – Revolution, ich weiß nicht. Dann haben wir noch das Problem, dass die HOWOGE auch kein Interesse daran hat, die Gewährleistungsabnahmen sorgfältig zu machen. Da hat man normalerweise Mängellisten von 100 bis 1 000 Einzelpositionen zu führen, die einem nur wieder den Wert abbilden, den man eigentlich bezahlen muss.

Wenn aber die HOWOGE überhaupt kein Interesse daran hat, weil die Werte langfristig wieder an die Bezirke gehen, dann wird sie diese Gewährleistungsabnahmen, die sie was kosten, nicht machen, und dann entsteht ein Wertverlust, der letztlich auf uns zurückfällt. Das gravierendste Risiko – und jetzt komme ich wieder zum Ausgang zurück – bleibt natürlich das Risiko der materiellen Privatisierungen, und dagegen haben Sie keinerlei Schutzvorrichtungen. Die Linke, habe ich gehört, hat auf ihrem Landesparteitag mal kurz davon gesprochen, dass sie auf Verfassungsebene einen Volksentscheid dazu erreichen will. Wir haben seitdem nichts mehr davon gehört und haben das deswegen auch nicht weiter ernst genommen. Sie haben im Grunde genommen hier ein Konstrukt abgebildet, das schlechteren Schutz vor weiteren materiellen Privatisierungen hat, als es der Bund, CDU und SPD, für die Autobahn gemacht haben. Dort gab es im Grundgesetz materielle Schranken vor einem Verkauf der Tochtergesellschaften, vor einem Verkauf der Gesellschaft. Selbst die Kreditaufnahme wurde dort, einfache gesetzlich zumindest, untersagt und auch ÖPP-Projekte, die angeblich nach Herrn Senator hier angeblich extra ausgeschlossen werden, wurden dort zumindest im Umfang begrenzt. Hier haben wir nichts davon. Die HOWOGE könnte faktische ÖPP-Projekte, die dann vielleicht nicht so heißen, aber genau das beinhalten, die langfristige Übergabe dieser ganzen Rechte, die sie bekommt, an Dritte weiterverkaufen inklusive vielleicht auch des Betriebs, wenn sie den Betrieb nach den fünf Jahren Gewährleistung weitermachen soll, weil der Betrieb ja auch zwischendurch privatisiert werden muss, denn die Bezirke bekommen das ja zwischendurch nicht. Diese ÖPP-Geschichte könnte dann auch noch weiterverkauft werden, und Sie haben nichts, keinerlei Schranke dagegen vorgesehen, und das finden wir wirklich skandalös.

Ich weiß nicht, wie lange Sie denken, dass Sie regieren werden. Herr Zillich! Sie haben gesagt, Sie haben Angst davor, dass zukünftig kein Geld da ist. Was wird denn mit so einer Konstruktion passieren, wenn zukünftig kein Geld da ist? Wir haben große Sorgen, dass man dann Eigenkapital reinholt, und das ist dann richtig teuer. Das sind dann nicht 0,2 und 0,3 Prozentpunkte mehr, sondern das sind dann sieben Punkte.

Herr Czaja! Ich habe das jetzt in die Kostensteigerung mit hineingenommen. Wir haben jetzt diese Kostensteigerungen für die HOWOGE-Projekte in dem Finanzplan 2018 bis 2022 als Vorwegnahme, damit dann später keiner überrascht ist, schon gesehen. Die werden aber durch diese Mechanismen voraussichtlich induziert, und da sind Baukammer, Architektenkammer und Fachgemeinschaft Bau natürlich der Meinung, dass das viel zu hoch angesetzt ist. Der Vorstandsvertreter der Baukammer hat sogar von unter 2 000 Euro pro qm bei Schulen, die sie mal baulich verantwortet haben, gesprochen. Diese Durchschnittskosten hatte ich Ihnen schon genannt, und ich kann Sie nur auffordern: Holen Sie sich die Architektenkammern, holen Sie sich diese Durchschnittskosten, diese BKI-Kosten! Die 7 Prozent Steigerung, die Herr Kollatz genannt hat, hatten wir ja jetzt noch nicht 25 Jahre lang, und die wird es vielleicht auch nicht 25 Jahre so geben, wenn wir null Zinssteigerungen haben. Also da müssen Sie ganz genau hinschauen. Insbesondere sehen Sie das auch an den Quadratmeterpreisen – da sollten Sie bitte umrechnen, was Sie da zu zahlen haben.

Damit habe ich diese Fragen so weit durch. Dann habe ich noch eine Frage von Frau Remlinger.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ich würde Sie wirklich bitten, sehr zu straffen. Wir sind mittlerweile, was den Beantwortungszeitraum angeht, sehr kulant hier vorne, aber

trotzdem. Wir wollen ja noch eine zweite Runde machen. Erlauben Sie uns, dass wir das hinbekommen.

Carl Waßmuth (Vertrauensperson): Verstehe! Ich werde das straffen. – Frau Remlinger sagte, nicht nur Geld, nicht nur Personalmangel waren schuld, dass es vorher so lange gedauert hat, und dann kommt ihre Frage. Aber woher wissen Sie das, Frau Remlinger? Wir hatten diesen Personalmangel und diesen Geldmangel, und da wurden die Bezirke runtergefahren und hatten nur 60 Million Euro zur Verfügung und konnten dann auch nur noch 60 Millionen Euro ausgeben. Das haben Sie eigentlich wirtschaftlich gesehen ganz gut gemacht. Sie haben keine Überkapazitäten vorgehalten, und unter diesen Bedingungen hat es unter Umständen länger gedauert, übrigens nicht nur immer neun Jahre. Da gab es auch Schulen, die wesentlich schneller saniert wurden und wesentlich schneller zurande gekommen sind. Das heißt also, da müssen Sie schnell aufbauen und nicht aus der falschen Knappheit auf die Zukunft extrapolieren. – Das war schnell, oder?

Die Frage, die sich darauf bezieht, dass Typisierung aus baufachlicher Sicht schneller gehen sollte. Wir haben dazu in der Stellungnahme mehrere Seiten hinten im Anhang, ich glaube, das ist der Anhang F oder G, wo wir das etwas ausführen. Aber das muss natürlich aus unserer Sicht im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen besprochen werden. Wir haben das mehrfach beantragt, es wurde abgelehnt, und man sieht das Problem, das dann entsteht. Wie wollen Sie das jetzt bewerten? Ich kann Sie nur dazu auffordern: Machen Sie das, laden Sie uns dazu ein! Wir haben dazu was zu sagen.

Dann war noch die Frage: 60 Büros können sofort loslegen, die Bezirke schaffen es nicht. Auch da verweise ich auf die Architektenkammer, die immer sagt: Die Kapazitäten, Sie zu unterstützen, auch bis hin zu Bauherrenaufgaben, sind bei uns vorhanden. – Das sind mittelständische Organisationen, 95 Prozent haben weniger als zehn Mitarbeiter, und die sind bundesweit erfolgreich unterwegs, auch im Schulbau, und können das.

Offen geblieben ist noch die Frage von Herrn Fresdorf.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Die letzte! – [Zuruf] – Wunderbar! Dann bitte ich Frau Weimar, weiterzumachen. – Bitte schön!

Hannelore Weimar (Vertrauensperson): Ich möchte auf alle Fälle noch mal sagen, dass wir alle, die wir hier sitzen, für Schulbau und Schulsanierungen sind – damit wir hier einen Konsens haben. Wir sind nur nicht mit dem Weg dahin einverstanden. Zu Herrn Schneider möchte ich sagen: Wir haben Ihnen überhaupt keinen Fragenkatalog vorgelegt – nur damit wir sicher sind, dass wir uns richtig verstehen –, sondern wir haben Ihnen Argumente an die Hand gegeben, warum Sachen anders laufen könnten, was wir herausgefunden haben an Informationen und warum der Weg, mit dem wir nicht einverstanden sind, tatsächlich nicht der richtige ist.

Ich möchte was zum Zeithorizont sagen, weil ja auch gesagt worden ist: Na, wenn Sie jetzt noch mit allen Beteiligten sprechen wollen, dann dauert es ja noch länger. – Dieses ganze Infrastrukturprojekt ist ja deswegen überhaupt so hochgehalten worden, weil Eltern und Schüler und Schülerinnen sich jahrelang über die Zustände in den Schulen beklagen mussten. Es ging ja überhaupt gar nicht mehr, dass man daran vorbeikommt. Jetzt sind schon wieder zwei Jahre vorbei, und es ist im Grunde so gut wie nichts passiert. Es gibt wunderbare Maßnah-

menkataloge und, und, und. Diese Maßnahmenkataloge mit der Aussage, jetzt wird saniert, und jetzt wird neu gebaut, haben aber den Eltern noch mal klargemacht: Das heißt für meine persönliche Schule noch lange nicht, dass meine Kinder, die ja irgendwann sowieso aus der Schule raus sind, nicht weiterhin in eine unsanierte Schule gehen müssen, wo Schimmel im Keller ist oder wo sich in kleinen Klassenräumen die Schüler drängeln müssen.

Die Partizipation, Herr Schneider, liegt laut Schulgesetz in der Anhörung bei der Schulkonferenz. Aber die Lösung des ganzen Problems wäre doch nicht, dass wir noch ein paar Ausschüsse bilden und mit diesem ganzen Wirrwarr dann die Partizipation insgesamt schwächen, sondern die Lösung müsste doch sein, dass wir die Anhörungs- und Partizipationsrechte der Schulkonferenzen stärken, denn das ist das oberste Gremium einer Schule. Eltern, Schüler, Lehrer, Schulleitung und externe Mitglieder sind in dieser Schulkonferenz und beraten über die wesentlichen Probleme, Projekte und Fragen der Schulen. Also es kann doch nicht sein, noch mehr Gremien zu schaffen, anstatt zu sagen: Wenn wir tatsächlich eine Teilhabe der Menschen wollen, die jeden Tag in diese Schulen gehen und die jetzt schon jahrzehntelang mit diesen Schrottschulen leben mussten, dann müssen wir die Partizipationsmöglichkeiten dieser Leute stärken. – Das hätten wir schon zwei Jahre lang machen können. Insofern sehe ich da keine Zeitverzögerung. Das würde ja auch alles parallel laufen. Der Maßnahmenkatalog, der jetzt vorliegt, ist ja eine Rangordnung. Wir haben ja gehört, die ersten Schulen werden 2023 fertig sein. Die Sanierungen beginnen auch erst Anfang der Zwanzigerjahre. Wir hätten schon längst, zwei Jahre lang, partizipieren können. Wir hätten schon längst anfangen können zu bauen. Die Zeitverzögerung liegt nicht in diesen Bedingungen. Es ist außerdem so, dass inzwischen ja auch feststeht, dass die Schülerprognosen gar nicht mehr dem aktuellen Stand entsprechen. Inzwischen werden ja für das Schuljahr 2025/26 10 300 Schüler und Schülerinnen weniger prognostiziert, als es bisher gegeben war. Darüber wird aber gar nicht gesprochen. Die Schulneubauten bleiben in der gleichen Größenordnung. Wir könnten ja auch noch mal darüber reden, was 10 300 Schüler und Schülerinnen an Schulplätzen und an Neubauten, die nicht gebraucht werden, bedeuten. – [Zuruf] – Ich höre es gerade: 20 Schulen, er hat es schon ausgerechnet.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Vielen Dank, Frau Weimar! – Frau Schermer, bitte!

Gerlinde Schermer (Vertrauensperson): Ich möchte noch kurz etwas zur Privatisierung sagen. Es gab vor Kurzem, am 13. September, im Abgeordnetenhaus eine Debatte, in der die Informationsfreiheitsbeauftragte von Berlin ihren Jahresbericht 2017 vorgestellt hat. Da hat sie ausgeführt: Die Flucht ins Privatrecht führt dazu, dass ausgerechnet in Bezug auf kostenträchtige – das haben wir ja wohl hier – öffentliche Aufgaben die eigentlich bestehende Informationspflicht des Staates zulasten der Steuerzahler eingeschränkt wird. – Richtig! Wir haben uns mit der Frage beschäftigt: Was ist denn die GmbH zu 100 Prozent im öffentlichen Recht? Das wurde ja vorhin auch noch mal betont. – [Zuruf] – Im privaten Recht, Entschuldigung! Wir haben die Forderung aufgemacht, dass das Informationsfreiheitsgesetz auch in den Betrieben gelten muss, in denen der Staat zu 100 Prozent Eigentümer ist, eher noch als in denen, wo der Staat bis zu 50 Prozent Eigentümer ist.

Was sagt der Senat in der Anhörung im Abgeordnetenhaus zu dieser Frage? – Eine Ausdehnung der Regelungen des Informationsfreiheitsgesetzes – ich sage noch dazu, wenn man da fragt, muss man gegebenenfalls Geld bezahlen – auf Unternehmen des Landes Berlin in priva-

ter Rechtsform wie die BIM GmbH – ich erweitere auf HOWOGE GmbH – kann aus Fachsicht nur vertretbar sein – sagt der Senat –, wenn gleichzeitig die Fassung der Ausschlusstatbestände, insbesondere des § 9 IFG, einer Neufassung unterzogen wird. – Und er führt weiter aus: Schon aktuell besteht die Situation, dass wegen der konkreten Tatbestände und der vom Verfassungsgericht Berlin dazu erfolgten Rechtsprechung im Bürgersinn in Bereichen des fiskalischen Handelns Berlin, insbesondere bei Grundstücksgeschäften, im Streitfall usw., der Staat seine Akten öffnen muss und selber keinen Zugriff auf die Gegnerakten hat. – Wir wären hier dann quasi die Gegner des Senats. Wir sehen das nicht so. Wir wollen, dass öffentliche Aufgaben öffentlich finanziert werden, und deshalb sind wir auch dagegen, dass die öffentliche Aufgabe auf eine privatrechtlich organisierte GmbH übertragen wird, die wir eben nach geltendem Recht nicht kontrollieren können, und Sie haben ja im Abgeordnetenhaus erklärt, dass Sie das auch ablehnen. Es gibt aber – wir hatten das beantragt – demnächst eine Ausschusssitzung des Kommunikationsausschusses, und wir würden uns sehr darüber freuen, wenn wir auch zu dieser Sitzung eingeladen werden und da die Bedenken zu HOWOGE vortragen können. Vielleicht befürwortet das dann die Abgeordneten, die für die Übertragung des Eigentums an den Gebäuden der Schule auf die HOWOGE sind, unserem Ansinnen, das IFG zu erweitern, zuzustimmen.

Noch etwas anderes möchte ich zu der Antwort des Finanzsenators zu der Abschreibung sagen. Ich hatte das Gefühl, da war er ein bisschen irritiert. Ich möchte es noch mal wiederholen: 1,7 Milliarden Euro gehen in die Schulgebäude. Die Gebäude gehen mit dem Erbbaurechtsvertrag in den Besitz der HOWOGE über, sie stehen auf der Aktivseite der Bilanz. Der Finanzsenator als Herr über das Finanzamt suggeriert in der Vorlage, dass er nicht in der Hand habe, wie lang abgeschrieben wird, dass das im Einkommensteuerrecht geregelt sei. Ja, Abschreibungen sind im Einkommenssteuerrecht geregelt, da steht aber nicht, man muss Schulen in 33 Jahren abschreiben, sondern man schreibt Schulen so ab, wie die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer ist. Das heißt, Sie wollen mit diesem Erbbaurecht die Schulen schneller abschreiben, als die betriebliche gewöhnliche Nutzungsdauer ist, und darin liegt sozusagen der Zugewinn für die HOWOGE, denn nach Ablauf des Erbbaurechtsvertrages sagen Sie, es ist kein Buchwert mehr da. Gegebenenfalls muss ja auch der Bezirk den Zeitwert bezahlen. So ist das nämlich normalerweise, wenn man abschreibt und sein Unternehmen veräußert. Also das muss alles geklärt werden.

Den Zugewinn für die HOWOGE – weil das Herr Zillich vorhin gefragt hat –, lassen Sie sich mal in Barwert ausrechnen, damit Sie überhaupt darüber befinden können, was hier passiert. Der Senat hat es Ihnen ja nicht erklärt, aber es gab einen Vortrag in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, den Sie ja auch unterstützt haben, und in diesem Papier, verfasst von Der Linken, steht: Sollten die Bezirke zu viel Miete bezahlen – Sie wissen also um diesen Umstand –, dann macht das ja nichts, das Geld würde ja in den Wohnungsbau fließen. Hier möchte ich auch noch mal darauf verweisen, weil man gefragt hat: Ja, warum seid ihr denn dagegen, dass da gegebenenfalls Geld in den Wohnungsbau fließt? – Es gibt die Zeitung „Mieterecho“, die 35 000 Mieterinnen und Mieter in dieser Stadt vertritt. In der vorletzten Nummer wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Mieter/-innen auch der HOWOGE oft keine Auskunft kriegen vom Senat, weil der Senat bei Beantwortung von Nachfragen der Mieter immer sagt: Das kann ich nicht selbst beantworten, da muss ich bei der HOWOGE nachfragen, und da muss ich dies und das machen. –, weil er das also gar nicht mehr in eigener Regie hat. Wir wollen aber, dass die Schulen in öffentlichen Belangen so behandelt werden, dass wir direkt Zugang haben. Das ist unser Ansinnen, wie Frau Weimar schon sagte. Wir wollen den Schul-

bau nicht verzögern, sondern wir wollen ihn schneller machen, und das geht besser ohne HOWOGE.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ich danke Ihnen allen und würde jetzt zur Beantwortung der Fragen durch den Senat kommen wollen. Ich nehme an, dass Herr Senator Kollatz anfängt, und erinnere nur daran, dass zu der Kostensteigerung Frau Frensch auch etwas sagen wollte. – Bitte schön, Herr Senator!

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin): Es waren mehrere Fragen, die direkt an die HOWOGE gerichtet waren. Das kann Frau Frensch als Geschäftsführerin der HOWOGE auch besser beantworten als ich. – [Zuruf: Wir haben keine Fragen an Frau Frensch! – Zuruf: Frau Dr. Brinker hatte gefragt.] – Vorbemerkung eins: Ich werde das GiB-Papier lesen. Vorbemerkung zwei: Der Haushaltstitel, den die Bezirke hatten, war über 60 Millionen Euro, es sind aber im Jahr 2016 bei den damals vorfindlichen Strukturen nur 60 Millionen Euro verbaut, also ausgeschöpft worden. Die Haushaltstitel waren höher. Ich habe das vorhin gesagt, und es wird auch durch Wiederholung nicht besser, wenn das Gegenteil angenommen wird.

Zur Frage, die sich – das hat jetzt mit dem, was wir heute hier besprechen, relativ wenig zu tun –, auf das Thema Einsichtsrecht bezieht: Das Land Berlin führt zum Beispiel bei einer Reihe von Grundstücken auch Prozesse über Rekommunalisierung, und es ist eine geübte Praxis derer, mit denen wir uns dort streitig auseinandersetzen, dass sie sagen: Zeigt mir mal eure Akten! –, weil sie damit im Prozess effizienter gegen uns vorgehen können, um die Rekommunalisierung zu verhindern. Das ist die Frage, die dort adressiert wird. Die muss man bewerten. Da kann man auch zu einer anderen Bewertung kommen, als der Senat das bewertet hat, aber es ist völlig klar, dass es schwieriger ist, einen Rekommunalisierungsprozess, also einen Gerichtsprozess erfolgreich zum Ende zu bringen, wenn für die andere Seite Akteneinsicht besteht. Ich glaube, das ist offensichtlich, und ich will jetzt dort nicht ins Detail gehen, das erklärt nur die Logik.

Weil es Frau Schermer jetzt angesprochen hat, zum Thema Gegner: Ich betrachte hier keinen als Gegner – offensichtlich im Unterschied zu Ihnen. Der wesentliche Punkt ist aber – und das habe ich auch vorhin schon gesagt –, dass die Abschreibungsdauer dazu führt – und das taucht auch jetzt in ihren Stellungnahmen auf Fragen nicht auf in dem, was Sie hier vortragen –, dass das Ziel eine im Wesentlichen kostenfreie Übertragung dieser Schulen an die Bezirke ist. Wenn man dieses Ziel verfolgt, dass kostenfrei übertragen wird – was ein richtiges Ziel ist, Sie behaupten immer nur, wir verfolgen es nicht –, würde das bedeuten, wenn man andere Abschreibungszeiten wählt, dass man zum Beispiel Erbbaurechtsverträge von 66 Jahren wählen müsste, und dann würde die Übertragung an den Bezirk eben sehr viel später stattfinden. Das heißt, das genügt einem bestimmten Ziel, und deswegen ist es auch wichtig, dass man im Rahmen dessen, was es an Abschreibungsmöglichkeiten gibt, das richtige Ziel wählt.

Interessant scheint mir zu sein, auch wenn das heute nicht unser Schwerpunktthema ist, dass Ihre Initiative der Auffassung zu sein scheint, dass alles, was Sie zur HOWOGE vortragen, auch für die BIM gilt. Das heißt also, auch das ist aus Ihrer Sicht eine Privatisierung. Ich verweise darauf, dass in der stadtöffentlichen Diskussion die Wahrnehmung eine komplett andere ist. Das heißt, das ist der öffentliche Gebäudebetreiber, den sich das Land in einem durchaus schwierigen Prozess gegeben hat, der tatsächlich auch durch seine Rechtsform als zentraler Betreiber eine deutlich höhere Effizienz erreicht hat und dem wir auch zusätzliche Aufga-

ben zugewiesen haben, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung, wo auch klar war, wenn wir das nicht gemacht hätten, wären wir dort weniger weit gekommen, als wir gekommen sind.

Es ist vorgetragen worden, auch von Herrn Wasmuth noch mal, dass es den Einsatz von privaten Juristen und privaten Beratern gibt. Ja, den gibt es, im Übrigen auch deswegen, weil häufig in der öffentlichen Debatte und manchmal auch im Parlament eingefordert wird, übrigens auch zu Recht eingefordert wird, dass bestimmte Sachen gutachterlich zu überprüfen und zu bewerten sind. Da ist es natürlich auch wichtig, dass das mit einer relativen Unabhängigkeit passiert, und das kann naturgemäß dann nicht der Hausjurist der Bildungsverwaltung sein, sondern das ist dann eben der durch ein Vergabeverfahren oder eine Ausschreibung oder einen Rahmenvertrag gewonnene private Berater. Insofern ist es so: Jawohl, wir werden auch bei der Schulbauoffensive wie übrigens bei anderen Themen auch noch öfter sehen, dass dort außerhalb der Verwaltung stehende Personen eingeschaltet werden und Themen begutachten. Ich nehme jetzt mal ein anderes Thema: Wir haben zum Beispiel, als es bestimmte Fragen gab, die sich um das Thema Tegel gerankt haben, deswegen auch Gutachter von SenFin beauftragt und haben die Gutachten auch veröffentlicht. Klar waren das Dritte, und das hat auch etwas damit zu tun, dass das ein sinnvolles Verfahren ist. Ich glaube, es ist einfach ein bisschen weit über das Ziel hinausgeschossen, wenn man sagt, das macht keinen Sinn.

Dasselbe gilt für diese Liste, die Herr Wasmuth vorgestellt hat. Also ich sehe die heute erste Mal, das ist aber auch nicht schlimm. Beim flüchtigen Durchschauen scheint es zumindest so, dass man sagen kann, dass praktisch alle Positionen aus meiner Sicht zumindest gegenstandslos sind. Die Idee, dass das Land oder die HOWOGE jetzt Kredite aufnehmen, die in vier Jahren ausgezahlt werden, entspricht nicht der Logik, mit der wir an die Finanzierung von Investitionsprojekten herangehen, übrigens auch im Wohnungsbau nicht rangehen. Das, was die HOWOGE wie alle anderen Wohnungsbaugesellschaften macht, ist, dass die Kredite zeitnah aufgenommen werden. Insofern ist das Thema dieser Bereitstellungskosten – um nur ein Beispiel anzusprechen – gegenstandslos. Das Thema effektives Controlling und Verzögerungen: Da werden wir, glaube ich, wenn wir uns in einem Jahr oder in zwei Jahren treffen, eine deutlich andere Situation sehen, denn dahinter steckt ja die Idee, dass wir im Controlling und den Verzögerungen bei der Bautechnik, die wir bisher über die Bezirke hatten, null haben. Das glaube ich nicht. Zumindest erreichen mich gelegentlich Berichte, dass es auch bei den Maßnahmen, die wir über den klassischen Bereich machen, nämlich über die Bezirke, Verzögerungen gegeben haben soll. Zumindest in der Wirklichkeit, in der ich mich bewege, verwende ich relativ viel meiner Arbeitszeit darauf zu versuchen, solche Verzögerungen zu verringern, und manchmal handelt sich dabei um Verzögerungen, die Jahre umfasst haben. Bei einer der Schulbaumaßnahmen zum Beispiel, die jetzt in Bau ist, nämlich bei der Fichtenberg-Oberschule in Steglitz-Zehlendorf ist die persönliche Intervention von zwei Senatoren nötig gewesen, um dieses Projekt überhaupt auf die Schiene zu bringen. Deswegen: Da wird etwas gegenübergestellt, was nicht stimmt.

Dann war die Frage von Frau Bofinger und ein bisschen von Herrn Wasmuth: Wie verhält sich das Thema in Sachen Schuldenbremse? – Nach gegenwärtigem Stand – das Thema Schuldenbremse verändert sich auch ein bisschen – gehen wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon aus, dass diese Konstruktion nach der Schuldenbremse nicht auf die Staatsverschuldung angerechnet wird. Nach Eurostat wird sie wohl auf die Staatsverschuldung angerechnet. Wichtig ist aber für die grundgesetzliche Schuldenbremse natürlich erst mal das, was national

angerechnet wird. Wer sich dafür interessiert, kann zum Beispiel den letzten Landesrechnungshofbericht, den Jahresbericht, anschauen und wird feststellen, dass die Hamburger Konstruktion auf die Verschuldung in Hamburg angerechnet wird.

Herr Wild hat gesagt, insgesamt sollte alles aus dem Haushalt finanziert werden, anderes müsste man dann streichen. Bei der Frage, was man streicht, glaube ich doch, dass es sinnvoll ist, dann auch mal dazu Vorschläge zu machen. Wir machen auf jeden Fall Kreditfinanzierung. Ich erwähne jetzt nur mal eins, weil es gerade in den Zeitungen stand: Wir haben natürlich auch bei so einem Thema wie einem Klinikum eine Kreditfinanzierungskomponente, und das ist auch richtig so.

Letzter Punkt von mir: Frau Härlin hat mehrmals gesagt, das Geld war im Haushalt. Nein, war es nicht. Wir haben gesagt – und das haben wir auch in dem Text der Investitionsplanung dargestellt –, wir haben es aus Transparenzgründen in die Investitionsplanung aufgenommen. Die Planung zeigt aber deswegen ein deutlich höheres Volumen, als wir über den Haushalt ausfinanzieren können. Also das stimmt nicht, und wenn Sie die Zahlen vergleichen, sehen Sie das auch. – Um wenigstens halbwegs in der Zeit zu bleiben, beende ich das jetzt.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Jetzt hat Frau Frensch das Wort. Bitte schön, Frau Frensch!

Dorothea Härlin (Vertrauensperson): Sie werden sich erinnern, dass ich nach der Eile gefragt hatte, Herr Senator!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ich bitte Sie jetzt um Zurückhaltung. Es geht nicht, dass Sie jetzt die Fragen an den Senat stellen. Der Senator war schon sehr kulant, auf Ihre Fragen, die Sie gestellt haben, einzugehen. Er hätte es nicht tun müssen, aber er hat es trotzdem gemacht, und ich bitte, dieses auch so zu respektieren. – Bitte schön, Frau Frensch!

Stefanie Frensch (HOWOGE; Geschäftsführerin): Herzlichen Dank, sehr geehrte Frau Vorsitzende! – Liebe Abgeordnete! Liebe Bürgerinitiative! Ich freue mich, dass ich doch noch ein paar Worte sagen kann. Normalerweise befindet sich mich immer in der Situation, dass ich als Geschäftsführerin der HOWOGE Teil der Rekommunalisierungskampagne bin. Schon deswegen bin ich mehr als überrascht, dass es hier an dieser Stelle plötzlich andersrum ist. Die HOWOGE ist ja, Sie haben es richtig gesagt, für 60 000 Mietparteien ein öffentlicher Vermieter, und unsere Mieterinnen und Mieter sind darüber, glaube ich, auch sehr froh.

Wir fühlen uns bei dem Thema der Schulbauoffensive als Dienstleister des Landes und der Bezirke, das möchte ich ganz ausdrücklich sagen. Wir werden das umsetzen, was gemeinschaftlich mit dem Senat für Bildung, Jugend und Familie, dem Senat für Finanzen, dem Senat für Stadtentwicklung und Wohnen und natürlich auch mit den Bezirken abgestimmt wird. Das heißt, wir haben jetzt gemeinsam die baufachlichen Bedarfe abgestimmt und festgelegt, die dann als Grundlage für alle Schulen gelten, die der Senat für Stadtentwicklung und Wohnen und wir bauen, und wir werden andere Weiterentwicklungen ebenfalls gemeinsam machen. Das betrifft natürlich auch ökologische Anforderungen. Wir sind hier Dienstleister und werden uns selbstverständlich mit Ihnen verständigen, was die Wünsche und die Anforderungen an die Schulen sein werden. – Das mal vorangestellt.

Die HOWOGE ist ein Unternehmen, das, was die Neubauoffensive für Wohnungen betrifft, schon länger sehr aktiv ist.

Wir haben insgesamt über 2 000 Wohnungen bereits fertiggestellt. Wir haben 2 000 weitere Wohnungen in Bau. Ich darf Sie an der Stelle schon einmal beruhigen: Sämtliche Verfahren, die, die fertiggestellt sind, sowie die, die jetzt fertig vergeben und in Bau sind, liegen im Budgetrahmen. Das ist vielleicht ganz gut für Sie zur Einschätzung, ob wir in der Vergangenheit Erfahrungen direkt in konkreten Baumaßnahmen sammeln konnten oder nicht. Das sind über 300 Millionen Euro, von denen wir reden, die schon verbaut sind. Im nächsten Jahr werden wir weitere 2 000 Wohnungen anfangen.

Ich komme jetzt gleich auch zu den Baukosten und bin hoch erfreut, dass Herr Waßmuth und ich offensichtlich auf die gleichen Grundlagen zurückgreifen. Das liegt daran, dass auch in eine Diplomingenieurin bin und er ebenfalls, und zwar greifen wir beide auf die BKI-Kostendatenbanken zurück. Das ist das Baukosteninformationszentrum, übrigens sitzt das in Stuttgart, ganz nebenbei. Diese Zahlen sind quasi für Gebäudetypen klassifiziert. Das heißt, um es als Beispiel zu nennen, wenn Sie ein Einfamilienhaus ohne Keller mit Satteldach bauen wollen, können Sie dort einen Quadratmeterwert abrufen und den ein Stück weit auf Ihre Größe anpassen. Ein Quadratmeter kostet, ich möchte 100 Quadratmeter Einfamilienhaus ohne Keller mit Satteldach und dann kommen Sie auf eine erste grobe Einschätzung, was denn so ein Einfamilienhaus kosten könnte. Herr Waßmuth hat völlig recht, nicht anders machen wir das bei Schulen, wenn wir noch gar nicht wissen, wie die aussehen sollen und auf welchen ganz genau festgelegten Grundstückselementen sie stehen sollen. Wir sind, was die Kostenansätze betrifft, Sie haben etwas von 1 600 bis 2 800 Euro gesagt, denke ich, auf der gleichen Grundlage. Es ist immer schwierig bei Kostenkennwerten. Man muss reden. Sind es die vermieterbaren Flächen, sind es die Bruttogrundflächen –, über welche Flächen reden wir eigentlich. Üblicherweise würde man hier an die Bruttogrundfläche gehen, einfach deswegen, weil man die Anteile schlecht definieren kann. Also, wir haben da die gleichen Zahlen. Ich glaube, wir kommen, was die reinen Gebäudewerte für die Baukosten betrifft, auf ganz ähnliche Ergebnisse.

Die Baukostenänderungen, wie sie jetzt in diesen unterschiedlichen Reportings dargestellt sind, resultieren im Wesentlichen aus Folgendem: Es gibt natürlich auch Außenanlagen. Diese ergänzen sich zu den Baukosten der Gebäude oder zu den reinen Gebäudekosten, und dann – das ist üblich, aber war in den ersten Kostenermittlungen noch nicht vorgesehen –, ist natürlich die Ausstattung der Schulen auch ein ganz wichtiges Element. Da ist die Baukammer mit Sicherheit nicht Expertin, das ist klar. Es ist die Baukammer und nicht die pädagogische Schulausrüstungskammer, aber das ist natürlich ein wichtiger Wert. Das sind Werte, die uns von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie übergeben worden sind, von ca. 2 700 Euro pro Schüler. Also, das ist kein ganz kleiner Betrag.

Ein ganz wichtiger Punkt bei jeder Schule – Sie werden es alle wissen –, das ist kein Schulgebäude, sondern das sind die Sporthallen. Selbstverständlich, wenn wir neue Schulen bauen, bauen wir fast immer auch neue Sporthallen. Diese waren in den ersten Ausführungen noch nicht Bestandteil, das sehen Sie auch in den Texten der Reportings. Jetzt sind sie es aber. Was kostet so eine Sporthalle, dreiteilig? – 5 Millionen Euro. Wenn sie sechsteilig ist, also eine zweimal dreigeteilte Halle, 10 Millionen Euro. Also, eine unterschiedliche Kostenermittlung hat auch damit zu tun, dass ergänzende Elemente dazugekommen sind. Bei einzelnen Schulen – auch das zeigt sich nicht in so einem Baukostenbenchmark, in einem Vergleichswert – gibt es auch Abrissleistungen zu erledigen. Zum Beispiel beim Objekt an der Allee der Kosmonauten, da werden wir erst einmal für über 4 Millionen Euro abreißen müssen, bevor wir ir-

gendeine neue Schule bauen können. Die können natürlich in solchen Vergleichswerten auch nicht dargestellt werden.

Wenn wir heute auf diese Vergleichswerte gucken, dann müssen wir uns immer wieder darüber im Klaren sein, dass wir auf Auswertung bereits fertiggestellter Gebäude Kennzahlen aufsetzen. Wir alle wissen, dass in den letzten drei bis vier Jahren die Baukostenindices um bis zu 20 Prozent gestiegen sind. Sie haben es alle mehrfach erwähnt: Die Bauwirtschaft boomt. Leider boomt die Entwicklung der Bauwirtschaft nicht ganz so sehr wie ihre Kostenentwicklung. Das heißt, wir haben deutliche Kostensteigerungen hinnehmen müssen. Das ist ein Grund, weshalb bei unseren Kostenermittlungen jeweils 15 Prozent für Unvorhergesehenes eingerechnet worden sind, was die Neubauten betrifft, und 25 bis 30 Prozent, was die Sanierungen betrifft, denn da kommt zusätzlich eine ganz große Unsicherheit, was denn tatsächlich, wenn wir die Schulen intensiv aufnehmen, an Kosten entstehen werden.

Sie haben über die Baukammer geredet, über die Fachgemeinschaft Bauen, über die Architektenkammer. Das sind uns alle wohlvertraute Partner, auf die wir angewiesen, mit denen wir ständig im Gespräch sind, die offensichtlich bisher zumindest bei uns nicht ihren Unmut über unser Vorgehen bei der Schulbauoffensive kundgetan haben, weil sie wissen, dass wir dem öffentlichen Vergaberecht unterliegen, dass wir natürlich versuchen, den Mittelstand Berlins mit einzubeziehen, wenn er noch Kapazitäten hat, was in der Regel im Moment nicht allzu viele sind. Wir sind gerade dabei, das freut uns auch, mit der Architektenkammer Berlin gemeinsam den ersten großen Wettbewerb für den Schulneubau durchzuführen. Im Februar wird dieser juriert werden. Er wird uns dann viele Antworten auf Fragen geben, die heute noch nicht endgültig geklärt werden können. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Wir haben mit dem Lern- und Teamhaus ein ganz neues Konzept von Pädagogik, aber auch der Raumentwicklung. Das wird, was den Brandschutz betrifft, herausfordernd sein. Da gibt es bisher keine klaren Definitionen, wie man das brandschutzrechtlich genehmigen kann. Dafür brauchen wir natürlich erste Entwürfe, um damit umgehen zu können. Soweit zu den Baukostensteigerungen.

Dann möchte ich noch etwas anbieten: Ich finde, man kann das gerne Schule für Schule bilateral machen, aber wir sind heute wirklich an einer Stelle, wo wir über die Zügigkeit der Schulen reden – ich kann sagen, ob es zwei- oder dreizügig ist –, und wir reden darüber, ob es eine Integrierte Sekundarschule oder ein Gymnasium ist. Mehr wissen wir heute nicht, denn wir haben noch nicht mit der Planung begonnen. Wir sind noch in der Phase 0.

Wir kommen jetzt zum Bauunterhalt: Da möchte ich darauf verweisen, wir übernehmen für fünf Jahre die Gewährleistung – das heißt, gesetzlich ist das für vier Jahre vorgeschrieben, wir übernehmen fünf –, sind dann für die Mängel, die aus der Fertigstellung entstehen, zuständig. Damit es für die Bezirke eben nicht so schwierig ist, übernehmen wir dabei auch den gesamten Bauunterhalt, das heißt, die Bezirke haben es einfach. Sie müssen in den fünf Jahren nur bei uns anrufen, und danach rufen sie nur bei ihren eigenen Stellen an, denn – das war der Wunsch der Bezirk – sie werden die Verantwortung und auch die Betreibermöglichkeit ihrer Schulen weiterhin bei sich selbst haben. Das würde dann übrigens auch so eine Frage wie: Was macht die Volkshochschule? –, beantworten: Herzlich gerne, wenn die Schulen es wollen, ihren Platz da finden. Klar, das ist nicht unser Thema. – [Zuruf von Andreas Statzkowski (CDU)] – Oder das. Das glaube ich Ihnen gern. – [Zuruf von Andreas Statzkowski (CDU)] –

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Lieber Herr Kollege! – Jetzt gibt es hier vorne eine Rollenverirrung. – Frau Frensch! Ich bitte Sie zu straffen. Bitte kommen Sie zum Schluss!

Stefanie Frensch (HOWOGE; Geschäftsführerin): Ganz kurz zu den Verzögerungen: Ich glaube nicht, dass es Verzögerungen gibt, im Gegenteil. Wir arbeiten schon seit Beginn des Jahres 2018. Wir haben einen neuen Bereich gegründet, da sind bereits 15 Mitarbeiter am Start. Natürlich 15 Mitarbeiter, die sich nur speziell mit Schulbau beschäftigen. Die flankierenden Bereiche, die in einem großen Wohnungsunternehmen, es sind 740 Mitarbeiter, vorhanden sind, unterstützen diesen Schulbau selbstverständlich.

Ganz kurz für Sie: Ich habe gesagt, rund 300 Millionen Euro im Jahr geben wir für den Wohnungsneubau aus. Das machen wir mit 30 Personen. Deswegen bin ich der Meinung, entgegen der einen oder anderen Ansicht, dass wir mit der Definition der Rolle, die wir übernehmen, wir werden nämlich viele Architekten und Ingenieure beschäftigen, das sage ich ganz ausdrücklich und darauf legen wir auch großen Wert, dass wir damit die im Durchschnitt 150 Millionen Euro im Schulbau stemmen können. Wir haben bereits sämtliche Generalplaner an Bord, mit denen wir die Sanierungen durchführen werden. Wir werden 2019 sämtliche Bestandsaufnahmen in den sanierungsbedürftigen Schulen durchführen. Die gibt es noch nicht. Ein Gebäudescan sagt Ihnen nicht, was die Tragstruktur beinhaltet, das sagt Ihnen nicht, wie die Substanz angegriffen ist oder nicht oder wo Brandschutzmängel sind. Wir werden im Februar, wie gesagt, den ersten Wettbewerb fertigstellen, werden dann für fünf bis sechs weitere Neubauschulen die baufachlichen Bedarfe abschließen. Ich glaube, wir sind durchaus zügig, keinesfalls langsamer als die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, sondern Seite an Seite. Ich glaube, dass wir das gemeinsam in diesen zehn Jahren, die wir uns vorgenommen haben, gut hinbekommen. – Danke!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Auch an Sie vielen Dank! – In Anbetracht der Zeit, wir hatten uns vorgenommen, dass beide Ausschüsse, Hauptausschuss und BildJugFam, für die Anhörung einen Zeitrahmen bis 14.30 Uhr vorsehen. Mit Blick darauf, dass der Hauptausschuss anschließend noch 39 Tagesordnungspunkte bearbeiten muss, bitte ich die drei Abgeordneten, die bei mir auf der Rednerliste stehen, in sich zu gehen, ob wir hier abschließen können, oder ob Sie noch Ihre ein, zwei Fragen stellen möchten. Ich möchte gern ein Stimmungsbild haben. – [Zurufe] – Möchten Sie, gut. – Dann ist Herr Dr. Efler an der Reihe.

Dr. Michael Efler (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich versuche, mich kurz zu fassen. Vielen Dank erst einmal an die Anzuhörenden, an die Volksinitiative. Wir sind schon länger im Diskurs und können ihn gern weiterführen. Es hilft uns ja auch, das Projekt weiter gut zu begleiten und die blinden Flecke ans Licht zu ziehen und sie zu verbessern.

Ich überspringe meine leichte Verwirrung, dass zunächst mit der Volksinitiative ein Forderungskatalog von 15 Punkten vorgelegt worden ist, der hier in der Tischvorlage auf drei Punkte zusammengedampft wird. Das kann man machen, das finde ich aber, ehrlich gesagt, nicht so ganz hundertprozentig sauber. Aber egal. Ich will gern zur Substanz kommen.

Zunächst einmal ganz kurz zum Thema Privatisierung und Rekommunalisierung. Auch wenn ich mit Interesse festgestellt habe, dass das gar nicht der zentrale Punkt ist – das kam bei mir

vorher immer ein bisschen anders an -: Es gab noch nie einen Senat in Berlin, der sich so ehrgeizige Ziele in Sachen Rekommunalisierung gesetzt ist. Also, alle drei Energienetze, Stadtwerke, Charité, S-Bahn, viele andere Bereiche der Daseinsvorsorge. Deswegen glaube ich, verkämpft sich die Initiative ein Stück weit, zumindest mit einer bestimmten Argumentation an einer Stelle, an der es nicht richtig ist.

Carl Waßmuth! Sie haben gesagt, es würde keinerlei Schutzmechanismen geben, die wir einbauen. Zunächst einmal kann man das nicht nur anhand eines Rahmenvertrages, den ich übrigens auch aufgrund der Kurzfristigkeit nicht habe lesen können, bewerten.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Dr. Efler! Würden Sie wirklich Fragen stellen? Herzliche Bitte: Fragen zu stellen. Überstrapazieren Sie nicht den gesamten Ausschuss. – Danke schön!

Dr. Michael Efler (LINKE): Gut. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass es selbstverständlich Schutzmechanismen zum Beispiel im Haushaltsgesetz bereits gegeben hat und auch weiterhin geben wird.

Fragen ganz konkret: Zunächst an die Initiative, weil sehr viel an dem Punkt öffentliche Unternehmen in privatrechtlicher Rechtsform aufgehängt worden ist: Wäre es für die Initiative etwas anderes, wenn das ganze Konstrukt bei einem öffentlichen Unternehmen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform aufgehängt würde? Das ist mir immer noch nicht hundertprozentig klar.

An den Finanzsenator die Frage zu der Veröffentlichung von Verträgen: Wir gehen fest davon aus, dass nach dem Rahmenvertrag auch alle weiteren Verträge, die jetzt abzuschließen sind, also zumindest Muster davon, ebenfalls veröffentlicht werden. Der Hinweis: Wir haben im Koalitionsvertrag natürlich stehen, dass wir ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild wollen. Das gibt selbstverständlich auch für öffentliche Unternehmen in privatrechtlicher Rechtsform. Das, was vorhin zitiert worden ist, schließt das überhaupt nicht aus, sondern stellt bestimmte Bedingungen. Es kommt auf das Wie an. Daran werden wir ganz hart arbeiten, dass wir das umsetzen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Schneider, Sie haben das Wort – bitte schön!

Torsten Schneider (SPD): Frau Vorsitzende! Ich möchte gar keine neuen Fragen stellen. Die SPD-Fraktion hat in diesen zweieinhalb Stunden bisher genau zwei gestellt. Zwei Fragen! Darauf hätte ich ganz gern eine Antwort, denn die Rollenverteilung ist hier, dass Sie die Anzuhörenden sind und der Senat und wir Ihnen zuhören.

Meine Fragen, die ich für die SPD-Fraktion gestellt habe, die waren doch völlig einfach, weil es eben nur zwei waren. – [Zurufe] – Ich habe gefragt, wie Ihr Zeithorizont ist für die von Ihnen hier geforderte öffentliche Debatte. Und jetzt mit den Zahlen – ich zitiere Sie nur –, mit den Lehrern: 34 000 –, mit den Erziehern: 5 000 –, mit den Schülerinnen und Schülern: 360 000 –, mit den Berufsschülern: 87 000 –, mit den Eltern mindestens 500 000 –, also mit einer Million Menschen, in Angesicht der Tatsache, dass Sie politisch fordern, dass wir jede Planung, Vorplanung, Architektenwettbewerbe, Finanzierungsanschübe, Planungen bei der

HOWOGE im Milliardenbereich anhalten, bevor dieser Diskurs, den Sie hier verlangen, anhand einer 100-Seiten-Tischvorlage nicht abgeschlossen ist. Meine Frage war – in Jahren –: Wie lange verzögert dieser Diskurs Ihrer Auffassung nach den Baufortschritt bei der Schulsanierung und beim Schulneubau. Darauf hätte ich gern eine Antwort.

Aber die viel wichtigere Frage, wie Sie den Wertungswiderspruch aufklären, dass uns ein Mietenvolksentscheid, der Mieterverband, der Mieterbund, diverseste Mieterinitiativen und 85 Prozent der Berlinerinnen und Berliner auffordern, den kommunalen Wohnungsbestand auch und insbesondere bei der HOWOGE unbedingt auszuweiten, doch unbedingt zu verhindern, dass weiter Privatisierungen an die diversen, wie sie alle heißen mögen, stattfinden – Karl-Marx-Allee und was da alles in Rede steht –, wie Sie den Wertungswiderspruch auflösen, dass die da, die bösen Kapitalisten sind im Hinblick auf die Schulsanierungen, aber alle eine Million Menschen, die im kommunalen Wohnungsbestand leben, dort leben sollen und wollen. Wie Sie diesen Wertungswiderspruch auflösen, da höre ich von Ihnen gar nichts. Jetzt bitte ich, dass Sie auch uns, das Parlament ernst nehmen, und bevor wir in eine zweite Fragerunde eintreten, die wir wahrscheinlich gar nicht brauchen, wenigstens diese beiden solitären SPD-Fragen beantworten.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ihre zwei Fragen werden jetzt ergänzt durch eine einzige Frage, die durch Frau Dr. Lasić gestellt wird.

Dr. Maja Lasić (SPD): Anderthalb.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Nicht im Sinne von Goethe, die dann drei Seiten lang sind.

Dr. Maja Lasić (SPD): Meine Frage zielt vor allem – ich habe Ihren Schilderungen zugehört, gerade aus Sicht der Bildungspolitik und ich nehme eine unterschiedliche Wahrnehmung Ihrerseits und auf der anderen Seite unsererseits in zwei Punkte wahr: Das eine ist der von Ihnen angesprochene Stillstand, was Baumöglichkeiten anbetrifft. Ich nehme in der Stadt, was Bauen an Schulen anbetrifft, überhaupt keinen Stillstand wahr, sondern seitens der jetzt verfügbaren Strukturen maximal mögliche Anzahl an Bauvorhaben. Das ist aus meiner Sicht kein Stillstand, sondern das, was geht. Die HOWOGE wird ergänzende Kapazitäten generieren.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ihre Frage, Frau Dr. Lasić! Es war jetzt ein sehr langer Vorspann.

Dr. Maja Lasić (SPD): Und die Frage ist: Warum ist das aus Ihrer Sicht Stillstand? Und auch, warum Sie glauben, wenn die ergänzenden Strukturen durch die HOWOGE hinzukommen, nicht hinzukommt, dass das zu einer Beschleunigung führt.

Die zweite, die finde ich aus Sicht der Bildungspolitik viel wichtiger, Frage ist die nach der Partizipation. Sie haben in mehreren Punkten eine mangelnde Partizipation thematisiert, das Nichtvorhandensein der Phase 0. Ich habe in den letzten Jahren etwas ganz anderes wahrgenommen als mangelnde Partizipation, sondern gerade im Sinne der Phase 0 eine extrem weite Beteiligung im Sinne der Erstellung der Konzepte von Lern- und Teamhäusern. Das haben Sie vorhin angesprochen. Das ist aus meiner Sicht auf der Landesebene die Phase 0, die stattfinden muss, und das ist die Partizipation, die stattfinden musste. So wird es auch seitens der

Betroffenen, auf die Sie abzielen – Elternvertreter, Schülervertreter, Lehrervertreter – wahrgenommen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Dr. Lasić – bitte!

Dr. Maja Lasić (SPD): Die Frage ist eben, warum Sie das als nicht vorhandene Partizipation deklarieren, anstatt als das, was es war, und das ist eben stattgefundene Partizipation.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Angekommen! – Jetzt machen wir weiter mit Frau Remlinger.

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich bitte schon um Verständnis, dass uns der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sehr wichtig ist, und der Hauptausschuss das auch immer gelassen sieht, weil er lange Sitzungen gewohnt ist.

Ich möchte mich beim Kollegen Wild entschuldigen, dass ich vorhin dazwischengerufen habe, aber ich fand das Bild, das aufgerufen wurde, vom Häuslebauer, zur Entmystifizierung dessen, was wir hier tun, eigentlich ganz hilfreich. Ich glaube, dass jeder schwäbische Häuslebauer aus guten Gründen normalerweise einen Hausbau nicht zu 100 Prozent bar bezahlt. Das ist das, was wir hier auch machen, dass wir die Baukosten von einem Neubau über Ratenzahlungen abzahlen, das über die Zeit strecken, damit wir in der Zeit mit unserem Geld noch etwas anderes machen können.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Remlinger! Bitte wirklich nur Fragen stellen, sonst kann ich das nicht zulassen.

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Wir schaffen damit neues Vermögen und glauben deshalb, das so verantworten zu können. – Ich frage Sie, Herr Waßmuth, wie Sie daraus ableiten, so, wie Sie argumentiert haben, hieße das, dass jeder Häuslebauer, der einen Kredit aufnimmt für seinen Hausbau – [Zuruf von Mario Czaja (CDU)] –, damit sein Hausbau ein Finanzprodukt am Finanzmarkt wird.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ich bitte um Ruhe! – Frau Remlinger, bitte eine konkrete Frage.

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Ich bin in der Frage, auch wenn Sie nicht verstehen, dass es eine ist. – [Zurufe] – Ich frage Sie, ob Sie keinen Unterschied sehen zwischen einem Finanzprodukt, das an den Börsen gehandelt wird, und einem Kredit, den jemand aufnimmt, der ein Haus baut. Ich frage Sie, ob Sie keinen Unterschied sehen zwischen dem Einredeverzicht an die Banken, der als Sicherheit für den Fall dient, den auch der private Häuslebauer kennt, dass er vielleicht die Kredite zu bedienen nicht mehr in der Lage ist, das Land dadurch den Banken garantiert, dass diese Unfähigkeit, die Kredite nicht zu bedienen, nicht stattfindet, ob das nicht zu unterscheiden ist von dem Nichteinredeverzicht gegenüber der HOWOGE und ob Sie in der Argumentation wirklich weiter verfolgen wollen, dass es richtig sei, dass die Banken für Schlechtleistungen der Bauunternehmen haften sollen. Soll das nicht eher der Mensch tun, beziehungsweise die HOWOGE oder auch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die den Bau beauftragt? Das ist unsere Konstruktion, das ist unsere Auffassung, dass bauliche

Schlechtleistungen diejenigen verantworten und die Schlechtleistungen auch einklagen sollen, die den Bau verantworten, und nicht die, die den Kredit verantworten.

Ich frage drittens, ob Sie die Fokussierung auf Neubau ernsthaft infrage stellen wollen, wobei ich sage, es stimmt auch nicht, dass wir die Sanierungen nicht auch prioritär behandeln, aber ob die Fokussierung auf Neubau, die auf der Prognose der notwendigen Plätze beruht, und wir sagen, unsere Toppriorität ist, dass die Kinder jedes Jahr ein Dach über dem Kopf haben, ob diese Priorität falsch ist?

Ich mache eine Schlussbemerkung zur Transparenz und zu dem Rahmenvertrag: Mit der Transparenz ist es immer so eine Sache. Je mehr Transparenz man schafft, umso größer werden die Diskussionen. Insofern sind keine Diskussionen nicht ein schlechtes Zeichen für mangelnde Transparenz. Wir haben den Rahmenvertrag bis Montagabend hart verhandelt. Ich bin dem Finanzsenator dankbar, dass er so viel Geduld hatte. Und es ist einmalig, dass Sie diese Vorlage bekommen, bevor sie der Hauptausschuss hat.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Die Fragen sind angekommen. – Frau Dr. Brinker! Bitte, nur Fragen! Ich bitte Sie, nur Fragen zu stellen!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank! – Sie kennen mich noch nicht. Ich kann das ganz gut, nur Fragen zu stellen. Nämlich die, die noch nicht beantwortet sind. Das ist zum einen die nach den Kreditrisiken und Verbriefungen, wie sich der Senat beziehungsweise die HOWOGE gegen solche Verbriefungen absichern. Die Frage nach dem Controlling ist noch nicht beantwortet, inwieweit der Landesrechnungshof dort tiefere Controllingrechte bekommen soll und kann. Das ist auch eine Frage an die Volksinitiative, weil das Informationsfreiheitsgesetz auch in der Tat – Sie wollen die Erweiterung – wichtig ist, aber für uns ist der Landesrechnungshof immens wichtig. Und dann die Frage nach der Abwerbung von Mitarbeitern aus der öffentlichen Hand zugunsten der HOWOGE, die ist auch noch offen und da bitte ich um Auskunft. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Kittler, Ihre Fragen jetzt bitte!

Regina Kittler (LINKE): Obwohl Frau Härlin gesagt hat, dass Privatisierung nicht der zentrale Konflikt ist, spielte dies hinterher wiederum bei den anderen Anzuhörenden eine ziemliche Rolle. Dazu möchte ich fragen: Ist Ihnen bewusst, dass jeder Landesbetrieb verkauft werden kann, dass jede Schule – auch heute schon – verkauft werden kann, und haben Sie bemerkt, dass dieses Land das nicht anstrebt? Sie können sicher sein, diese Koalition erst recht nicht. Außerdem, weil Sie etwas von Privatisierungsbremse gesagt haben, Herr Waßmuth: Ja, darüber diskutieren wir. Zu der Kontrolle der Landesunternehmen möchte ich nur sagen, dass selbstverständlich das Abgeordnetenhaus den Landesbetrieben gegenüber ein Kontrollrecht hat. Das werden wir auch wahrnehmen, da können Sie sicher sein.

Zu dem Bedarf: Sie gehen davon aus, dass am Bedarf vorbeigebaut wird. Können Sie bitte einmal begründen, wie Sie auf diese Aussage kommen, weil mir zumindest bekannt ist, dass die Bezirke den Bedarf anmelden und das Land das über die Investitionsplanung absichert und die vier schon Genannten das bauen, was benötigt wird?

Zur Partizipation möchte ich sagen: Im Rahmenvertrag wird eindeutig gesagt:

Die HOWOGE unterstützt den Bedarfsträger bei der Beteiligung von Planungsbe troffenen der Schulbaumaßnahme im Rahmen der von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zu erlassenden Leitlinien für die Partizipationsverfahren in der Berliner Schulbauoffensive.

Das ist eine eindeutige Festlegung. Sie gilt für alle, die im Auftrag des Landes bauen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ihre Fragen, liebe Frau Kittler!

Regina Kittler (LINKE): Ist Ihnen bekannt, dass dort drinstehet? – Und die Bildungsverwaltung wird in den nächsten Wochen dazu auch die entsprechenden Leitlinien vorstellen.

Zur der Frage: Ist Ihnen entgangen, dass in den letzten zwei Jahren in allen Bezirken begonnen wurde zu sanieren, dass die ersten Schulen gebaut werden, dass darunter selbstverständlich – Frau Remlinger hat es schon gesagt – auch Holzbauschulen sind, nämlich drei an der Zahl bei den Schnellbauschulen, dass wir selbstverständlich auch die Wettbewerbe öffnen für ökologisches Bauen – das ist für uns eine Bedingung –, auch das ist festgelegt im Rahmenvertrag. Haben Sie das nicht gelesen, ist meine Frage?

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Können Sie bitte zum Schluss kommen? Wir sind schon über die drei Minuten hinaus, Frau Kittler! Bitte!

Regina Kittler (LINKE): Das kann passieren. Es muss möglich sein, zu den Anwürfen, die hier kommen, etwas zu sagen. – [Zurufe] –

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ich bitte um Ruhe im Saal! Die Ungeduld wächst.

Regina Kittler (LINKE): Was ich wirklich fragen möchte: Die Unterstellungen, die Sie dem Senat gegenüber machen, meinen Sie, dass diese hilfreich sind?

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Jetzt Herr Czaja, bitte, Sie haben das Wort für Ihre Fragen.

Mario Czaja (CDU): Ich bedaure, dass wir uns hier nicht an die interfraktionellen Regelungen gehalten haben, die wir vorher vereinbart hatten. Wir können das allein dadurch lösen, indem wir deutlich zusagen, was die Volksinitiative gefordert hat, dass wir zu dem Rahmenvertrag eine separate Anhörung machen. Wir werden beantragen, dass dies passiert, denn schon beim ersten überschlägigen Lesens des Rahmenvertrags, den Sie Frau Remlinger, mitverhandelt haben, wenn ich es vorgestern von den Grünen richtig gehört habe, dann stelle ich fest: Da sind Formulierungen drin, wie: Die internen Aufwendungen sowie die externen Kosten werden der HOWOGE separat erstattet. Die HOWOGE hat dafür noch Aufwandseinschätzungen vorzunehmen. – Oder so schöne Formulierungen, wie: Die konkretisierte Miete wird erst nach Abschluss der Sanierung umgesetzt. Das Asset-Management wird mit 0,2 Prozent bezahlt. Die Zins- und Tilgungskosten müssen nachträglich berechnet werden. – Natürlich werden private Unternehmen den Betrieb der Immobilie übernehmen! Wenn ich 5 Prozent pauschal für die bauliche Unterhaltung für fünf Jahre bekomme und nach fünf Jahren die Immobilie übergebe, wie viel bauliche Unterhaltung betreibe ich dann in dieser Schule

und in welchem Zustand übergebe ich sie dann an den Bezirk? Sie sind doch blauäugig! Mit Ihren Argumenten, mit denen Sie momentan das ganze Ding durchziehen, wäre nicht mal mehr diese Autobahngesellschaft im Bund durchgekommen, weil da noch mehrere Schutzmechanismen eingezogen worden sind, damit das nicht geschieht. – [Zurufe] – Sie sind blauäugig! Sie lesen nicht einmal mehr die Gutachten der Luxemburg-Stiftung. Vielleicht sollten Sie sich mit diesen Fragen vorher beschäftigen, bevor Sie einen solchen Vertrag verhandeln, und Bildungspolitiker solch einen Investmentvertrag verhandeln. Das ist ja grauenhaft, was man hier hört!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Czaja! Ihre Fragen kommen noch? – [Zurufe] – Sie merken, wie hier Ungeduld aufkommt. Ich bitte um Ruhe, damit die Fragen von Herrn Czaja verstanden werden. Ich bitte um Ruhe! – [Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)] –

Mario Czaja (CDU): Ich verstehe, Herr Zillich, dass Ihnen das weh tut, wenn Ihnen die Dinge vorgehalten werden, die Sie an anderer Stelle kritisieren.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ich bitte um Ruhe, und Herrn Czaja um seine Fragen!

Mario Czaja (CDU): Die Frage ist sehr deutlich gewesen – auch an den Ausschuss –, ob wir gemeinsam dazu bereit sind, über diesen Rahmenvertrag, bevor er von den Bezirken zwangsläufig unterschrieben werden muss, und dessen Grundbedingungen zu sprechen. Ich halte das für zwingend erforderlich, und ich finde, dass wir der Volksinitiative heute diese Zusagen geben sollten, und Sie können sich überlegen, ob Sie das tun oder nicht. Die Zeit haben wir jedenfalls dafür, diesen Rahmenvertrag miteinander zu besprechen. Ich fände es angemessen, diesen in einem solchen Ausschuss mit der Volksinitiative zu bereden.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Fresdorf! Sie haben als Letzter die Möglichkeit, Ihre knappen, kurzen, bündigen Fragen zu stellen.

Paul Fresdorf (FDP): Frau Vorsitzende! Dafür bedanke ich mich ganz herzlich! – Ich werde auf eine Frage verzichten, die ich vorhin gestellt habe, wenn Sie die von Herrn Schneider beantworten, und würde doch darum bitten, dass Sie meine zweite Frage, die ich vorhin stellte, beantworten, die nach der Ertüchtigung der Bezirke, wann Sie der Meinung sind, können die Bezirke so ertüchtigt sein, dass sie die Schulsanierungen ihres Erachtens nach übernehmen könnten, da wir keine Verzögerungen in diesen Verfahren haben wollen, wir alle uns einig sind, dass wir schnell und zügig Schulen sanieren und bauen müssen. Wann rechnen Sie damit, könnten die Bezirke dies tun? Wie würden Sie in der Übergangszeit damit umgehen, Schulen instandzusetzen und Schulen neu zu bauen, wenn keine Strukturen vorhanden wären, die das übernehmen können?

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Jetzt bitte ich die Volksinitiative, auf Fragen zu antworten. – Ich danke Ihnen zunächst im Voraus – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Herr Schneider! Lassen Sie mich erst einmal ausreden. –, dass Sie sich geeinigt haben, dass nur zwei für Sie alle antworten. Nur zwei! Wir sind wirklich über die Zeit. – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] –

Ich finde es sehr bemerkenswert, dass meine Kollegen hier die Versammlungsleitung kritisieren, sich selbst aber nicht an Zeitrahmen halten. Sie sind diejenigen, die den Rahmen zeitlich gesprengt haben, wir kulant waren, wir trotzdem nicht versucht haben, Ihnen das Wort abzuschneiden. Wenn, dann hieß es, dass wir Ihre demokratischen Recht beschneiden. Liebe Kolleginnen und Kollegen! So geht es nicht. Das passt absolut nicht zu einem Bildungsausschuss, solch ein Wirrwarr als Bild abzugeben. Im Bildungsausschuss sind wir anderes gewohnt. – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] –

Wie gesagt: Die Anzuhörenden haben sich geeinigt, dass zwei Personen antworten werden. Dafür danke ich! Das ist einmal Frau Weimar, nehme ich an, und dann Herr Waßmuth. – Bitte schön, Frau Weimar, Sie haben das Wort!

Hannelore Weimar (Vertrauensperson): Im Interesse aller, die hier sitzen, werde ich bestimmte Dinge nicht noch einmal beantworten, die ich vorhin schon beantwortet habe, sondern gehe nur auf einige Fragen ein.

Ich mache es gern, Herr Schneider, Sie haben es nicht verstanden, was ich vorhin gemeint habe. Sie reden von den 300 000 Schülern und so weiter und so fort, ich rede von vier Schülern, von vier Eltern, von vier Lehrern von einer Schulleitung und einem externen Mitglied, das ist nämlich die Zusammensetzung jeder einzelnen Schulkonferenz. Wenn die an den 700 Schulen, die wir ungefähr haben, parallel die Partizipation vorantreiben und über die Projekte reden, die an ihrer einzelnen Schule anstehen, dann geht das ratzatz.

Gern beantworte ich Ihnen auch die zweite Frage, die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften: Ich habe überhaupt nicht gegen kommunale Wohnungsbaugesellschaften. Ich hätte aber etwas dagegen, wenn die Leute, die die Musterraumprogramme für Schulen schreiben und die Schulentwicklungsplaner, plötzlich Wohnsiedlungen bauen würden.

Dann würde ich gern auf Frau Lasić eingehen, die von der Phase 0 gesprochen hat und von den zehn Lern- und Teamhäusern. Es sind zehn, die bisher geplant sind. Das hat die AG Fachraumqualität gemacht, das sind aber ungefähr nur 60 bis 70 Menschen gewesen. Wie man dann sagen kann, das ist die Phase 0 und die ganze Gesellschaft ist mitgenommen worden, das passt ja nicht.

Ich habe es eben schon einmal gesagt, wir haben ungefähr 700 Schulen, das heißt, zehn neue Modellschulen mit Lern- und Teamhäusern sind eine Kleinigkeit. Die tauchen kaum in der Stadt auf.

Was heißt, die Fokussierung auf den Neubau aufzugeben, Frau Remlinger? – Den Eltern, denen ist bisher immer gesagt worden: Jede Schule wird saniert – und zwar so schnell wie möglich. Das ist auch nötig. Sie wollen den Schülern ein Dach über dem Kopf geben. Aber die Schülerinnen und Schüler, die schon in den Schulen sind, die haben zum Teil gar kein ver-

nünftiges Dach über dem Kopf, das heißt, genau da kann keine Fokussierung auf den Neubau stattfinden, sondern beides muss gleichberechtigt durchgeführt werden.

Zur Gremienvielfalt und zur Partizipation im Rahmenvertrag habe ich schon mehrmals etwas gesagt. – Ich denke, alle anderen Dinge wird Herr Waßmuth jetzt beantworten.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Vielen Dank, Frau Weimar! – Herr Waßmuth, Sie haben jetzt das Wort, bitte schön!

Carl Waßmuth (Vertrauensperson): Zunächst, ich habe das am Rande gesagt, während die Frage gestellt worden ist, ob wir uns auf zwei einigen können, aber ich bitte um Verständnis, danach kamen noch zehn Fragen. Deshalb wird nach mir noch kurz Frau Härlin auf einen Teil davon eingehen.

Ich beginne mit der Frage von Herrn Fresdorf – und entschuldige mich, die haben wir tatsächlich vergessen, der Zettel liegt hier noch, wir dachten, wir kommen schneller wieder an die Reihe –: Die Bezirke haben bisher nur 60 Millionen Euro für den baulichen Unterhalt geschafft. Wie sollen sie das jetzt schaffen? – Wir haben in der Stellungnahme, die Sie verständlicherweise jetzt nicht lesen konnten, einen umfangreichen Vorschlag gemacht. Der heißt „Berliner Schulbaualternative“ und da stellen wir dar, dass es im Raum Berlin und im Umland eine Menge Fachkräfte gibt, und die kann man für den Schulbau gewinnen. Diese Menge Fachkräfte, die wünschen wir, dass die öffentliche Hand die für sich gewinnt, weil wir der am meisten vertrauen. Dieser Gewinnung von öffentlichem Personal, der muss man sich widmen. Das kann man. Die öffentliche Hand kann ein guter Arbeitgeber sein. Wenn andere mehr zahlen, dann kann auch die öffentliche Hand mehr zahlen. Das geht ganz einfach durch eine korrekte Einstufung und nicht einfach durch Stufe 11 für Stellen, die Stufe 13 oder 14 sind. Bauen im Bestand ist hoch komplex. Da bekommen Sie nie jemanden für Stufe 11, da brauchen Sie 14. Wenn Sie das machen, wenn Sie diese Einstellungsoffensive machen, dann können Sie die Bezirke in sehr kurzer Zeit mithilfe der Planungsbüros, die es gibt, in Ihrer Personalkapazität sicherlich verdoppeln und auch verdreifachen. Andere Städte machen das auch vor. Gucken Sie sich das ab. Selbst eine relativ kleine Stadt wie Braunschweig stellt auf einen Schlag 45 Leute ein. Das gibt es auch noch beim heutigen Fachkräftemangel. Man muss nur als Arbeitgeber öffentlich sein, Ausbildungsoffensiven betreiben und nicht eine Schulkasse in Weißensee dreimal verkaufen, einmal für Verkehr, einmal für Schule und einmal dann noch für den Brückenbau.

Die Frage zur Privatisierung ist mehrfach gekommen, sodass ich das zusammenfassend beantworten kann. Es liegt einfach ein grundsätzliches Missverständnis vor. Das Angebot von Frau Härlin war zu sagen: Lassen Sie uns über die konkreten Nachteile sprechen. Wir haben Ihnen die haarklein hier aufgeführt, haben uns da viel Mühe gemacht und sind auch weiter gesprächsbereit. Aber erst einmal haben wir Ihnen gesagt: Das sind die konkreten Nachteile –, dann haben Sie nicht das politische Problem, insbesondere die Linke, die SPD, aber die Grünen im Grunde genommen eigentlich auch, darlegen zu müssen, dass Sie hier privatisieren. Aber in der Sache ist das nicht einfach eine Meinung von uns, sondern das sind Fakten. Das ist faktenbasiert. Die Fragestellung, ob wir hier Privatisieren oder nicht, ist nicht unsere Meinung, sondern dabei handelt es sich einfach schlicht um die Definition dessen, was Sie tun. Es handelt sich hier um eine formelle Privatisierung oder auch Organisationsprivatisierung, und wir haben für diesen Fall hier auch einen Anhang beigefügt. Das ist, glaube ich, Anhang A.

Da können Sie sich diese ganzen Definitionen gern noch einmal im Detail angucken, was die haben, was das bedeutet.

Da schließe ich gleich an die Frage von Herrn Efler an: Würde es einen Unterschied machen, wenn das im öffentlichen Recht wäre? – Ja, das würde einen Unterschied machen. Die BSR, die BVG sind Anstalten öffentlichen Rechts, und bei den Berliner Wasserbetrieben, die teilprivatisiert wurden, musste man erst eine Holding überformen, um diese Privatisierung hinzubekommen. Machen Sie es doch mit einer Anstalt öffentlichen Rechts, dann haben wir eine völlig andere Diskussion, dann müssen Sie ein Gesetz dafür machen etc. pp. – freie Rechte und so weiter. Wir befürworten diese Zentralisierung im Grundsatz nicht, aber der Unterschied ist fundamental. Völlig andere Diskussion. Das ist der Kern der Privatisierung. Diese Privatisierung ist den Berlinern durchaus bekannt von Vivantes, von der Charité, den Wasserbetrieben, von natürlich auch den Verkäufen, die es gegeben hat: GASAG, Bewag, GSW – mit Beteiligung der Linken –, und dann zu sagen: Wir wollen das gerade nicht. –, das ist der Grundsatz von formellen Privatisierungen. Das will am Anfang keiner, und dann kommt die neue Regierung und dann wird es verkauft. Deswegen müssen die Schranken, die man einbaut, wesentlich besser sein. Hier in diesem Fall, wo wir das gar nicht brauchen, um das Geld zu kriegen, weil das Geld vorhanden ist, ist es doppelt absurd. Das heißt, Sie machen diese Privatisierung offensichtlich aus ideologischen Gründen, weil Sie keine finanziellen Gründe haben. Sie haben vorhin geäußert, es könnte mal sein – das war Herr Zillich mit seiner Frage, als er sagte, es gehe nicht ewig so weiter –, dass später wieder einmal weniger Geld vorhanden sein könnte. Dafür müsste heute eine Privatisierung gemacht werden; das leuchtet ganz vielen nicht ein. Das sind unserer massiven Bedenken.

Dann habe ich noch zu den Häuslebauerfragen von Frau Remlinger: Dieser Vergleich, das ist interessant, dass Sie den machen. Das hat auch die Bundeskanzlerin gemacht, private Einzelpersonen mit Staaten zu vergleichen. Das ist einfach mal wissenschaftlich nicht faktenbasiert – sagt man heute. Es ist so: Kein Häuslebauer würde einen Einredeverzicht leisten, denn der würde den Baupreis kürzen, wenn es nicht richtig ist. Es ist so: Sie schaffen mit den Erbbaureträgen ein Finanzprodukt, das handelbar ist. Damit müssen Sie sich befassen, mit den vielen Folgen, die sich daraus ergeben. Das ist kein einfacher Kredit, wie Sie ihn aufnehmen würden, wenn Sie das Gleiche auch kreditfinanziert aus dem öffentlichen Haushalt machen. Ich hoffte auf Verständnis, gerade hier im Hauptausschuss, für diesen wesentlichen Unterschied, dass da sozusagen etwas im Privatrecht mit den ganzen kreditähnlichen Rechtsverträgen eine ganz andere Handelbarkeit hat – auch andere Zinsen, andere Zinsfolgekosten, andere Zinsnebenkosten und andere Transparenzregeln – als ein Kredit aus dem öffentlichen Haushalt. Wir sind gerade für einen Kredit aus dem öffentlichen Haushalt, wir sind der Meinung, die Schuldenbremse ist noch nicht da. Wenn Sie der Meinung sind, dass es hier ganz viel zu investieren gibt, dann greifen Sie jetzt in die Kasse, sichern Sie sich jetzt 10 Milliarden Euro. Das könnten Sie machen, das wäre eine bundesweit mutige Entscheidung. Dass Ihnen jemand glaubt, dass Sie bundesweit mutig Privatisierungen verteidigen, da habe Sie gesagt, da gebe es irgendeinen Diskussionszusammenhang. Wir standen auf der Straße – eine stadtöffentliche Debatte, hat Herr Kollatz gesagt – und haben die Debatte verfolgt. Wir sehen auch, dass es genau das Prinzip von Stadtpolitik ist, das weitergeht. Grün Berlin haben wir auch schon, InfraVelo haben wir, die S-Bahn wird auch einen Teil privatisieren durch die Wagenauslagerungen. Es ist bei der BVG noch nicht vorbei. Es ist die Frage: Will man eigentlich dieses Prinzip als stadtpolitisches Prinzip haben? Ist das das, was Die Linke möchte? Möchte Sie

damit wiedergewählt werden? Möchte die SPD damit wiedergewählt werden, dass Sie sagen: Wir schieben jede Aufgabe, mit der wir nicht fertigwerden, ins Privatrecht?

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Waßmuth! Einfach bitte auf die Fragen antworten und nicht auf die Wahlen hinweisen.

Carl Waßmuth (Vertrauensperson): Damit gebe ich das Wort weiter an Frau Härlin.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Härlin! Bitte nur noch kurz auf die Fragen antworten und nicht das Gesagte wiederholen.

Dorothea Härlin (Vertrauensperson): In einem Punkt bin ich mit dem Herrn Kollatz einig: Wir sind keine Gegner! – Frau Kittler! Wenn Sie sagen, dass wir mit Unterstellungen arbeiten, dann haben Sie, glaube ich, unsere Argumente überhaupt nicht verstanden. Das zeigt mir noch einmal, dass es dringend notwendig ist – [Zurufe] – bitte unterbrechen Sie mich jetzt nicht –, dass Sie unsere konstruktive Kritik, die die Bildung in der öffentlichen Hand belässt, aufmerksam lesen.

An einem Punkt habe ich allerdings mit dem Herrn Kollatz Probleme: Als Politologin muss ich sagen, dass es ein politischer Skandal ist, dass ich heute früh der Presse entnehmen muss, dass Sie diesen Rahmenvertrag im Senat vorgestellt haben.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Härlin! Bitte auf die Fragen antworten!

Dorothea Härlin (Vertrauensperson): Moment! Eine Frage hat der Herr Kollatz nicht beantwortet.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Nein! So geht das nicht, Frau Härlin! Sie stellen hier in Richtung Senat keine Frage. Sie antworten auf die Frage, die offengeblieben ist, und das war der Bereich der Partizipation.

Dorothea Härlin (Vertrauensperson): Nein! Es war die Frage nach der Eile, warum diese Eile. Warum verursacht diese rot-rot-grüne Regierung so einen politischen Skandal in das Gesicht von 30 000 Personen, die diese Unterschriftensammlung gemacht haben, weshalb wir hier überhaupt gehört werden.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Vielen Dank! – Ich bedanke mich recht herzlich bei den Anzuhörenden. Es wird eine Auswertung der Anhörung geben. Insofern kann man das sehr vertieft tun. – Würden Sie sich bitte kurz noch einmal hinsetzen! Wir sind noch nicht am Ende unserer Sitzung. Ich bitte, das zu respektieren. – Herr Kollege Statzkowski!

Vorsitzender Andreas Statzkowski: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch vonseiten des Hauptausschusses bedanke ich mich bei den Anzuhörenden für Ihr Kommen.

Ich schlage für den weiteren Verlauf im Hauptausschuss vor, dass wir das Thema auf die Sitzung am 21. November vertagen, und dann davon ausgehen, dass das Wortprotokoll bis zu diesem Datum vorliegt.

Vonseiten des Hauptausschusses unterbrechen wir jetzt die Sitzung, und wechseln für die weiteren Beratungen in unseren üblichen Raum 113. Die Sitzung wird dort um 15.45 Uhr fortgesetzt. Nichtsdestotrotz bitte ich Sie, sich fünf Minuten vor dem Wiederbeginn bereits in Raum 113 einzufinden. Wir wollen ein Gruppenbild des Hauptausschusses machen, um dieses dann auf Leinwand als Abschiedsgeschenk – ich bin einmal gespannt, wie er dazu steht – an den ausgeschiedenen Staatssekretär Feiler in der Sitzung am 21. November zu übergeben. Weiterhin möchte ich Sie noch um etwas Geduld bitten und übergebe das Wort erneut an die Frau Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Auch für den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie lasse ich feststellen, dass wir Tagesordnungspunkt 1 vertagen. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben zur Behandlung von Volksinitiativen im Abgeordnetenhaus wird der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie diesen Vorgang bereits in der kommenden Sitzung am 8. November, also morgen, erneut beraten, um dem federführenden Ausschuss rechtzeitig zur Sitzung am 21. November eine Stellungnahme abzugeben. – Ich danke noch einmal im Namen aller den Vertrauenspersonen und weiteren Anwesenden für die Teilnahme an der Sitzung.

Die nächste Sitzung für den Ausschuss BildJugFam ist morgen. – Ich schließe hiermit unsere gemeinsame Sitzung.